

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46.  
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgepalte Petitzelle oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 60 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, 1 der Expedition abgegeben werden.

Nr. 260.

Montag, den 6. November 1911.

18. Jahrg.

Hierzu zwei Beilagen.

## Marokkovertrag und Regierungskrach.

Das offiziöse Telegraphenbureau veröffentlicht den Inhalt des zwischen der französischen und der deutschen Regierung nun endlich zum Abschluß gebrachten Marokkovertrages sowie einige Bemerkungen über die Kongo-Kompensationen. Der Wortlaut des Gesamtvertrages soll am Montag zu gleicher Zeit in Berlin und in Paris bekanntgegeben werden. Dann sollen am Dienstag, möglichst zu derselben Stunde, die Beratungen über die auswärtige Politik in den Parlamenten beider Staaten stattfinden gehen.

In Frankreich wird das Inkrafttreten des neuen Vertrages von der Bestätigung durch die Deputiertenkammer abhängig sein. Voraussichtlich werden in der französischen Kammer von nationalistischen Parteigängern heftige Angriffe gegen die Regierung des Herrn Caillaux erhoben werden, weil sie der deutschen Regierung zu weit entgegengekommen sei, weil sie insbesondere französische Besitz an Deutschland übergeben habe. Aber schließlich wird die Deputiertenkammer den Vertrag zustimmen, da die Verweigerung der Genehmigung zu den größten und unübersehbaren Schwierigkeiten führen würde, die herauszubekämpfen selbst fanatische Chauvinisten sich nicht getrauen werden. Ob nicht dadurch das baldige Ende des Ministeriums Caillaux eintreten wird, ist eine andere Frage.

In Deutschland verweigert das absolutistische Gottesgnaden-Regiment von vornherein der Volksvertretung das Recht, über die neuen Verträge zu entscheiden, insbesondere über den Austausch eines neuen wertlosen Kolonialgebietes. Der Kaiser soll nach der herrlichen Reichsverfassung allein das Recht besitzen, völkerrechtliche Verträge, wie sie hier in Frage stehen, abzuschließen. Die Parteien des Reichstags sollen ihre Ansichten und Stimmungen über die Regierungspolitik in Reden austoben dürfen, aber jedes Mitbestimmungsrecht wird ihnen abgesprochen — ein schmachtvoller Zustand, den die bürgerlichen Parteien nur ihrer eigenen Feigheit und byzantinischen Bedientenhaftigkeit zu danken haben. Wenn es nach den sozialdemokratischen Anregungen und Anträgen gegangen wäre, dann wäre der unwürdige Zustand der Reichstagsrechtlosigkeit längst beseitigt, aber die bürgerlichen Parteien, die jetzt über ihre Ohnmacht Klage führen, haben selbst jede Entwicklung des parlamentarischen Einflusses verhindert.

Wie aber die Dinge im Reichstage verlaufen werden, ist noch nicht völlig zu übersehen. Es hat sich eine Fülle von Zündstoff angesammelt, es herrscht überall Mißstimmung über die Maßnahmen in der auswärtigen Politik. Und der Abschluß des Marokkoabkommens fällt genau zusammen mit einem prasselnden Krach innerhalb der Reichsregierung selbst: der Staatssekretär des Kolonialamts v. Eindequist und sein Mitarbeiter Geheimrat v. Danckelmann haben die Fahne der Rebellion gegen den Kongo-Vertrag erhoben und haben ihr Abschiedsgesuch eingereicht, weil sie für die Politik Bethmanns und Riberlen nicht mitverantwortlich sein wollen.

Aber die Kritiken, die im Reichstag lebhaft und heftig gegen die Regierungsleute einsetzten, gehen keineswegs von ein und demselben Ausgangspunkt aus, vielmehr von ganz verschiedenartigen Grundauffassungen über das, was in der auswärtigen Politik im allgemeinen not tut und was im besonderen in dem Marokkohandel mit Frankreich hätte geschehen müssen. Von der einen Seite werden die Alldeutschen in ihren mehr und minder hochköpfigen Abarten dem Reichskanzler und dem Staatssekretär des Auswärtigen Amtes zu Leibe gehen, daß sie aus den Verhandlungen mit Frankreich viel zu wenig heimbringen. Die Weltoberungsphantasten und Kriegsinteressenten, die besonders in den freikonservativen und national-liberalen Reihen vertreten sind, werden nochmals — und wäre es aus Gründen der Wahlmache! — ihr Geschrei ertönen lassen, daß Deutschland nicht dazu seine große Armee und Flotte habe, um sich nun „vor Frankreich tief zu demütigen“. Diese Bramarbasche des Nationalismus und der kapitalistischen Eroberungspolitik werden nun „den Verlust Marokkos“ betrauern und die gegenwärtigen Staatsmänner — die doch auch nur das Werkzeug eines Oberen sind, an den man sich aber nicht herantraut! — bezichtigen, daß sie nicht „mit dem Schwerte in der Faust“ mindestens einen Teil Marokkos in Anspruch genommen haben. Jedoch, der Born der All-

deutschen wird schließlich wirkungslos verpuffen müssen. Das Gros der Konservativen und des Zentrums wird sich nach einigen auf ihre Wähler berechneten patriotischen Tiraden schon um deswillen schließlich auf die Seite des Reichskanzlers schlagen, weil dieser Reichskanzler sich in der inneren Politik als agrarisch-großkapitalistischer Schutzherr und als Schrittmacher für schwarz-blaue Wahlen soeben wieder angeboten hat.

Die Sozialdemokratie wird den neuen Vertrag nicht als eine abgeordnete politische Einzelangelegenheit beurteilen, sondern als ein Glied in der Reihe der auswärtigen Ereignisse. Wir verwerfen einerseits durchaus die Erwerbung neuer Gebiete im äquatorialen Afrika, die keinen wirtschaftlichen Wert haben, sicherlich aber sehr bedeutende finanzielle Aufwendungen aus der Reichskasse erfordern werden. Wir sind andererseits mit dem Marokko betreffenden Abkommen einverstanden, weil es die von uns stets geforderte Gleichberechtigung des Handels bringt. Unser Einverständnis ist aber weit entfernt von jeder Befriedigung über die Leistung der Bethmann-Riberlenschen Regierung. Vielmehr wird die Sozialdemokratie daran erinnern, wie viel Mühe es seit vielen Jahren kostet, die Regierung von den schlimmsten weltpolitischen Verirrungen zurück zu zwingen. Ferner wird die Sozialdemokratie die allgemeine Aufmerksamkeit darauf hinlenken, daß die Umstände, unter denen der neue Vertrag zustande kam, keineswegs geeignet sind, eine friedliche Fortentwicklung der internationalen Zustände zu sichern.

Die Marokkopolitik des Deutschen Reichs war die schlechteste auswärtige Politik, die möglich ist, weil sie stets eine Politik der Haltlosigkeit, der Unklarheit, des Schwankens war. Der Grund des Übels lag in der Folgsamkeit, die die deutschen Regierungen den kapitalistischen Flottenrüstungsbestrebungen erwiehen haben. Die Flottenprogramme von 1898 und 1900 und die chauvinistische Hege gegen England haben dieses Land zum Bündnis mit Frankreich getrieben. Auf Grund dieses Bündnisses konnte Frankreich in Nordafrika vorgehen, während die deutsche Regierung, sobald sie ihre Ansprüche anmeldete, nun auf den übermächtigen Widerstand der Westmächte stieß. Anstatt dann mit diesen Verhältnissen zu rechnen, verfielen die deutschen Staatsmänner in jenen berüchtigten Zickzackkurs, der von Säbelrasseln zu kleinmütigen Entlassungen tragikomisch schwankte, um dann wieder zu neuen Eroberungsgeboten auszuholen, die wiederum schwächlich und kümmerlich verlauteten. Die Bülow'sche Regierung stand noch 1904 auf dem Bismarck'schen Standpunkt, daß Deutschland in Marokko nur wirtschaftlich interessiert sei und daß eine Ablenkung des französischen Latendranges nach Nordafrika für Deutschland nur erwünscht sein könne. Demgemäß erkannte man eine Ausnahmestellung der Franzosen in Marokko an. Dann aber setzte die alldeutsche Politik ein. Am 31. März 1905 erschien Wilhelm II. in Tanger und erklärte, er sei entschlossen, den Sultan als völlig freien Souverän zu betrachten und zu schützen. Frankreich und England nahmen den Knalleffekt der Tangerreise ernst. Es entstand ein scharfer Konflikt. Die Kriegsgefahr rückte nahe. Dieser Gefahr suchte Bülow durch die Forderung nach Einberufung einer internationalen Mächtekonferenz zu entgehen. Auf der Algeciras-Konferenz von 1906 erlitt Deutschland eine volle diplomatische Niederlage, selbst das bundesgenössische Italien, durch die Zusage von Tripolis gedrillt, ließ den Bundesgenossen im Stich. Frankreich, seiner Sache vollkommen sicher, ging nun in Marokko weiter vor und benutzte die inneren Wirren des Landes, um seine Herrschaft vollends zu befestigen. Die deutschen Diplomaten aber hatten an den bisherigen Erfahrungen noch nicht genug, es kam der Casablanca-Konflikt, der mit dem deutsch-französischen Abkommen vom 9. Februar 1909 endete, in dem wiederum die politische Vormacht Frankreichs Anerkennung fand. Als dann die Mainesmann-Ansprüche aufkamen, blieb die deutsche Regierung unter v. Schoen zunächst friedlich und zurückhaltend. Aber plötzlich kam wieder am 1. Juli der tolle Streich von Agadir. Wieder schien es, als wolle es der neue Mann im Auswärtigen Amte auf den Konflikt ankommen lassen. Die größte Beunruhigung wurde hervorgerufen. Und wieder mußte dann der Rückzug unternommen werden.

Wenn jetzt durch den neuen Vertrag die Periode schwerster Beunruhigung um Marokkos willen ihren Abschluß finden sollte, so gehörte das erste Verdienst daran dem internationalen Sozialismus, der französischen und der deutschen Arbeiterklasse. Während die Chauvinisten und Kapitalisten auf beiden Seiten sich nicht scheuten, die Völker auf die Schlachtbänke des Weltkrieges zu werfen, während die deutsche Regierung hältlos von Abenteuerlichkeiten zu Abenteuerlichkeiten schwankte, deren schlimmste Folgen nur

mühevoll verhindert werden konnten, hat die Sozialdemokratie in beiden Ländern, durch alle Wechselfälle der Ereignisse, erfolgreich für die vernünftige und friedliche Verständigung der Nationen gewirkt. Das bleibt das weltgeschichtliche Verdienst unserer Partei und in derselben Richtung werden wir weiterhin alle unsere Kräfte aufbieten!

### Das Marokko-Abkommen.

Die Regierung veröffentlicht das neue Abkommen in folgenden Darlegungen:

Die bekannten Ereignisse in Marokko haben erkennen lassen, daß die Ordnung in Marokko nicht ohne Eingreifen einer europäischen Macht erhalten werden kann. Ein Sultan, der der tatsächliche Herrscher über das Reich wäre und der die Macht hätte, die in der Algeciras-akte vorgesehenen Reformen durchzuführen, existiert nicht mehr. Nach der Algeciras-akte hatte aber keine einzelne Macht das Recht, die Wiederherstellung der Ordnung in Marokko allein durchzuführen. Als Frankreich sich trotzdem dazu anmaßte, erinnerte die deutsche Regierung an die Bestimmungen der Algeciras-akte. Sie gab ihrer Ansicht, daß sie zur selbständigen Wahrung bedrohter deutscher Rechte ebenso berufen sei, wie Frankreich zur Wahrung französischer Interessen, durch Entsendung eines Kreuzers nach Agadir zum Schutze dortiger deutscher Interessen Ausdruck. Dies alles habe denn dazu geführt, daß die deutsche und französische Regierung sich entschlossen haben, die Angelegenheit unter sich neu zu regeln.

Als Grundlage der Verhandlungen diente das deutsch-französische Abkommen vom 9. Februar 1909. Die beiden Regierungen haben sich nun

### über einen Vertrag geeinigt,

der morgen in Berlin unterzeichnet werden soll, und nachdem der unterschriebene Vertragstext auch der französischen Regierung zugegangen sein wird, voraussichtlich Montag früh gemeinschaftlich der Öffentlichkeit übergeben werden soll.

Die französische Regierung hat sich zunächst abermals auf das Bündnis verpflichtet.

### die wirtschaftliche Gleichberechtigung

der verschiedenen Nationen in Marokko aufrecht zu erhalten und dafür Sorge zu tragen, daß das Prinzip der offenen Tür, wie es in den vorhergehenden Verträgen festgelegt ist, durch keinerlei Maßnahme beeinträchtigt wird. Auch hat die französische Regierung ausdrücklich Rechte und Wirkungskreis der marokkanischen Staatsbank erneut garantiert. Andererseits hat die kaiserliche Regierung ihr bereits in dem Vertrage vom 9. Februar 1909 ausgesprochenes politisches Desinteressement näher präzisiert und

### der französischen Regierung volle Bewegungsfreiheit

für die Herstellung und Aufrechterhaltung der Ordnung und für die in Marokko vorzunehmenden Reformen jeder Art zugesichert. Sollte die französische Regierung im Einvernehmen mit der marokkanischen Regierung zur Aufrechterhaltung der Ordnung und zur Sicherheit wirtschaftlicher Transaktionen marokkanisches Gebiet militärisch besetzen, so wird auch demgegenüber die kaiserliche Regierung keine Schwierigkeiten machen. Das gleiche gilt auch von etwaigen Polizeiaktionen zu Lande und zu Wasser. Endlich hat die deutsche Regierung erklärt, keinen Einspruch erheben zu wollen, falls der Sultan von Marokko die diplomatischen und Konsularagenten Frankreichs mit der Vertretung der marokkanischen Interessen und dem Schutze der marokkanischen Untertanen im Auslande betrauen sollte. Das gleiche gilt für den Fall, daß der Sultan den Vertreter Frankreichs bei der marokkanischen Regierung zum Vermittler gegenüber den übrigen fremden Vertretern zu bestellen wünscht. Diese Bestimmung war für unsere Interessen wertvoll, weil auf diese Weise dem gefährlichen Spiel mit dem masque sheriffien (scherifische Maske, vorgeschobene Personen) ein Ende gemacht wird, die dazu führen mußte, daß es uns in kritischen Fällen an Personen fehlte, an die wir uns halten konnten.

Durch die Neuregelung der Dinge wird einestheils die Aufrechterhaltung der Ruhe und der Ordnung besser als bisher gesichert. Andernfalls werden Störungen der Ordnung und Vertragsverletzungen von den französischen Organen da, wo sie die tatsächliche Macht ausüben, auch wenn noch eine formelle Hoheit marokkanischer Behörden besteht, direkt vertreten werden müssen.

Betreffen die ersten drei Artikel des Abkommens die französischen Befugnisse unter Voraussetzung der offenen Tür und der Handelsgleichheit, so werden nun in dem

Artikel 4 ff. die beiden letztgenannten Grundprinzipien durch einzelne Bestimmungen ausgebaut, die für ihre Durchführung Garantien schaffen, die bisher gefehlt haben. Die französische Regierung verpflichtet sich,

### Keinerlei Ungleichheiten zwischen den in Marokko handelstreibenden Nationen

zuzulassen, weder in bezug auf Zölle, Steuern und andere Abgaben irgendwelcher Art, noch bei den Tarifen für die zukünftigen Eisenbahnen, Schiffe oder andere Verkehrsmittel. Das gleiche soll gelten für alle Fragen des Transitverkehrs. Sodann wird die französische Regierung bei der marokkanischen Regierung eine verschiedenartige Behandlung der Staatsangehörigen der verschiedenen Länder unter allen Umständen verhindern. Insbesondere wird sie keinerlei Verordnungen zulassen, wie z. B. für Maße und Gewichte, Eichungswesen, Anbringung von Stempeln auf Bijouteriewaren und ähnlichem, die die Waren irgendeiner Macht in ihrer Konkurrenzfähigkeit beeinflussen könnten. Um aber den interessierten Mächten einen besseren Einblick als bisher in das Zollwesen zu verschaffen, wird die französische Regierung die marokkanische Staatsbank veranlassen, sich in der Kommission des Vauxes (Zollbehörden) der Reihe nach durch die verschiedenen Mitglieder ihrer Tangerer Direktion vertreten zu lassen. Diese haben sich jährlich abzuwechseln. Die französische Regierung wird ferner darüber wachen, daß von dem aus Marokko zu exportierenden Eisen kein Ausfuhrzoll erhoben wird. Desgleichen soll der Minenindustrie in bezug auf Produktion und Arbeitsmittel keinerlei besondere Steuern auferlegt werden dürfen. Abgesehen von einer allgemeinen Steuer hat sie nur eine jährliche, nach Hektaren zu berechnende feste Abgabe und eine weitere Abgabe im Verhältnisse zum Bruttogewinne zu tragen. Die französische Regierung wird nicht zulassen, daß in bezug auf Bergwerksabgaben zwischen den Angehörigen der verschiedenen Nationalitäten irgendwelche Unterschiede gemacht werden. Diese Unterschiede sind von allen gleichmäßig und dem Reglement entsprechend zu entrichten, ohne daß unter irgendwelchem Vorwande zugunsten der Interessen irgendeiner Nation ein Erlaß im ganzen oder zum Teile gewährt werden könnte.

### In bezug auf öffentliche Arbeiten

bleiben die Bestimmungen der Algecirasakte über die öffentlichen Ausschreibungen bestehen. Um aber verschiedene Mängel, die sich inzwischen herausgestellt haben, abzustellen, hat die französische Regierung die ausdrückliche Verpflichtung übernommen, für eine derartige Formulierung der Adjunktionsbestimmungen Sorge zu tragen, daß die Konkurrenzfähigkeit der Staatsangehörigen sämtlicher Mächte in Wahrheit die gleiche ist. Dies gilt insbesondere auch für das zu liefernde Material und für die Fristbestimmungen. Der Betrieb der großen Unternehmungen bleibt dem marokkanischen Staate reserviert oder kann von ihm freihändig an Dritte vergeben werden, die die für den Betrieb nötigen Geldmittel zur Verfügung stellen. Die französische Regierung wird noch darüber wachen, daß bei dem Betriebe der Eisenbahnen und etwaiger sonstiger Verkehrsmittel sowie auch in bezug auf die Anwendung der Reglements, die diesen Betrieb sichern, die Staatsangehörigen sämtlicher Mächte eine unbedingte gleichmäßige Behandlung erfahren. Um den Mächten einen besseren Einblick in die öffentlichen Ausschreibungen zu gewährleisten, wird die französische Regierung die marokkanische Staatsbank veranlassen, den ihr in der Kommission generale des Adjudications et marches (Kommission für Ausschreibungen und Preisfestsetzungen) zugehörigen Posten abwechselnd der Reihe nach mit einem ihrer Tangerer Direktionsmitglieder zu besetzen. Desgleichen wird die französische Regierung die marokkanische Regierung bestimmen, in dem Komitee special des travaux publics (besonderes Komitee der öffentlichen Arbeiten) einen der ihr zustehenden drei Delegierten an den Staatsangehörigen einer in Marokko vertretenen fremden Macht zu übertragen, so lange die im Artikel 66 der Algecirasakte vorgesehene Spezialbelastung des Handels in Geltung bleibt.

Um die Erschließung Marokkos zu erleichtern und den freien Wettbewerb zu ermutigen, hat sich die französische Regierung verpflichtet, die marokkanische Regierung zu veranlassen, allen Eigentümern von Bergwerken sowie von industriellen und landwirtschaftlichen Unternehmungen ohne Unterschied der Nationalität den Bau von Eisenbahnen aus eigenen Mitteln zu gestatten, durch die sie ihre Stabellungen mit öffentlichen Eisenbahnen oder mit den nächstgelegenen Häfen verbinden sollen. Sie haben sich dabei nach den Reglements zu richten, die auf der Grundlage der französischen Gesetzgebung erlassen werden sollen.

### Über den Betrieb der öffentlichen Eisenbahnen

in Marokko soll alljährlich ein Bericht erstattet werden analog den Berichten, die den Generalversammlungen französischer Eisenbahnaktiengesellschaften zu erstaten sind. Die französische Regierung wird mit der Aufstellung dieser Berichte einen der Administratoren der marokkanischen Staatsbank betrauen. Der Bericht wird mit seinen Unterlagen den Zensoren der Bank mitgeteilt und dann veröffentlicht werden, und zwar gegebenenfalls mit den Bemerkungen, die die letzteren zu dem Berichte gemacht haben. Es steht den Zensoren frei, sich für ihre Bemerkungen die nötigen Unterlagen durch Einziehung direkter Erklärungen zu beschaffen. Bekanntlich waren in den letzten Jahren zahlreiche Klagen gegen die französischen Behörden und Beamten in Marokko und die unter ihrem Einflusse stehenden Beamten des Mächten laut geworden. Um die vorhandenen Mängel vollständig zu beseitigen, hat sich die französische Regierung in Artikel 9 verpflichtet, die marokkanische Regierung zu bestimmen, in jedem Berichtsjahre, der sich nicht durch die beiden beteiligten Konsula hat regeln lassen, gemeinschaftlich mit dem französischen Konsul und demjenigen der interessierten Mächte einen Schiedsrichter zur Regelung der Angelegenheit zu bestimmen. Können sich die Konsula über den Schiedsrichter nicht einigen, so ist derselbe von der marokkanischen Regierung gemeinschaftlich mit dem Konsul der beiden beteiligten Konsula zu be-

stimmen. Dieses Verfahren greift gleichmäßig Platz für Beschwerden gegen marokkanische Behörden wie gegen französische Agenten, sofern sie die Tätigkeit marokkanischer Behörden ausüben. Dieses Schiedsverfahren wird solange in Geltung bleiben, bis in Marokko einmal eine Gerichtsorganisation geschaffen sein wird, die den Rechtsregeln der Gesetzgebung der interessierten Staaten entspricht und die dann auch bestimmt sein wird, nach vorher einzuholender Zustimmung der Mächte die Konsulargerichtsbarkeit zu ersetzen.

Artikel 10 legt der französischen Regierung die Verpflichtung auf, darüber zu wachen, daß die fremden Staatsangehörigen auch in Zukunft in den marokkanischen Gewässern und Häfen die ihnen vertragsmäßig zustehenden Fischereirechte ausüben dürfen. Artikel 11 sichert den Fremden den Handel und die Eröffnung neuer Häfen je nach dem sich ergebenden Bedürfnisse. Im Artikel 12 haben jedoch beide Regierungen sich auf Wunsch der marokkanischen Regierung bereit erklärt, mit den übrigen Mächten auf der Grundlage der Madrider Konvention eine Revision der Listen sowie der Rechtslage der fremden Schutzgenossen und Wochalaten herbeizuführen, die in Artikel 8 und 16 dieser Konvention erwähnt sind. Sollten in der Zukunft die wirtschaftlichen Verhältnisse in Marokko sich so umgestalten, daß eine Änderung des Systems der Schutzgenossen und Wochalaten angezeigt erscheint, so werden beide Regierungen, wenn dieser Augenblick gekommen ist, bei den Signatarmächten eine Abänderung der Madrider Konvention betreiben.

Artikel 13 erklärt ferner in üblicher Weise die Aufhebung aller mit den vorstehenden Bestimmungen in Widerspruch stehenden Vertragsklauseln, Abmachungen, Vereinbarungen und Reglements.

Endlich sichern sich in Artikel 14 beide Mächte gegenseitig ihre Unterstützung an, um die übrigen Signatarmächte der Algecirasakte zum Beitritte zum gegenwärtigen Abkommen zu bestimmen.

### Die Kongo-Kompensationen.

In dem bezüglich des Kongo zwischen Deutschland und Frankreich abgeschlossenen Abkommen erhält Deutschland nach Meinung der Regierung bedeutende und wertvolle Ländereien längs der ganzen Grenze seiner Kamerunkolonie, außerdem zwei Landstrecken, die sich bis an die Ufer des Kongo oder des Ubangi erstrecken. Wenn diese Strecken auch an sich weniger wertvoll sind, so geben sie Deutschland Zugang zu den Ufern dieser Ströme. Deutschland erhält an diesen Ufern Landstreifen zwischen sechs und zwölf Kilometer, die ihm gestatten, alle zur Schifffahrt erforderlichen Einrichtungen anzulegen. Dagegen tritt Deutschland das kleine Dreieck zwischen Logone und Chari bis zu deren Zusammenfluß südlich des Schadssee ab. Togo wird in dem Abkommen überhaupt nicht erwähnt.

Im übrigen enthält der Vertrag auf Gegenseitigkeit beruhende Bestimmungen über Handelsfreiheit, gegenseitige Durchzugsrechte, Befugnisse über Weiterführung von Eisenbahnen und am Schluß den Vorbehalt gegenseitiger Verständigung für den Fall, daß im internationalen Kongo-Becken, wie es durch den Berliner Vertrag festgelegt ist, Veränderungen eintreten sollten.

## Die Reichstagswahl.

### Schweiburgs Politik.

Die „nationale Wirtschaftspolitik“ wird bei dem begonnenen Reichstagswahlkampf im Vordergrund stehen, und die rechtsstehenden Parteien werden dabei manche harte Nuß zu knacken haben. Sie werden sich aber über die schweren Anklagen in bekannter Manier hinwegsetzen und aus schwarz mit Eleganz weiß zu machen wissen. Der bekannte Herr Schweiburg gibt in seiner „Korrespondenz“ vom 2. November hierfür ein Beispiel. Er behauptet dreist und gottesfürchtig, die „wohlhabenderen Kreise tragen mehr zu den Zolleinnahmen bei, weil ihr Konsum an Verbrauchsmitteln mehr ins Gewicht fällt; auch tragen doch diejenigen, die Hausangestellte beschäftigen und beköstigen, die Zolllast für diese mit.“ Weiter tragen die Wohlhabenderen auch die direkten Steuern den größten Teil; man müsse daher die steuerliche Gesamtbelastung zum Vergleich heranziehen, und beim letzteren sei es „ganz sicher, daß im Deutschen Reich die wohlhabenderen Schichten ihrer Leistungsfähigkeit entsprechend auch verhältnismäßig mehr Steuerlasten tragen, als die weniger Wohlhabenden.“ Herr Schweiburg bleibt die Antwort auf die Frage aber schuldig, weshalb sich die Mehrheit und besonders die Rechte des Reichstages mit aller Kraft gegen die Einführung direkter Reichssteuern wendet.

Dann erzählt Schweiburg, daß als „Korrelat zu den Zöllen die staatliche Arbeiterversicherung gedacht war“, und die Unternehmer hätten dafür Hunderte von Millionen geopfert. Schweiburg kommt dann zu folgendem Schluß:

„Es kann demnach durchaus nicht zugegeben werden, daß die Steuerbelastung der breiten Schichten in Deutschland auch nur verhältnismäßig hoch ist. Es kann auch nicht zugegeben werden, daß die Zölle auf Verbrauchsmittel nur Lasten für diese Schichten mit sich gebracht haben. Im Gegenteil, die Zollpolitik hat ihnen Vorteile verschafft, wie sie die breiten Schichten anderer Völker garnicht oder lange nicht in so ausgedehntem Maße fanden.“

Herr Schweiburg sollte doch einmal einige Monate mit einem Arbeiterlohn auskommen oder sich eine Rente erstreiten müssen, dann würde er anders sprechen. Doch es wird sich durch die Behauptungen Schweiburgs kein nachdenkender Arbeiter betören lassen.

### Klerikale Agitation in Ostpreußen.

Das kirchliche Amtsblatt für die „Diözese Ermeland“ veröffentlicht an der Spitze der am 1. November erscheinenden Nummer folgenden Erlaß:

„Wir weisen darauf hin, daß es anstößig ist, Pfarrhäuser und pfarrliche Grundstücke zur Abhaltung politischer Agitationsversammlungen herzugeben, und daß der seelsorgerliche Einfluß eines Pfarrers auf seine Gemeinde in bedauerndem Grade geschädigt wird, wenn ohne seine

Zustimmung Geistliche in der Gemeinde Wahl- und Agitationsreden halten.

Frauenburg, den 1. Oktober 1911.

Bischöfl. Ermiland. General-Bikariat.“

Man kann sich vorstellen, was das Bischöfl. Ermiland. General-Bikariat in dieser Hinsicht von den ihm unterstellten Geistlichen erlebt haben mag, wenn es sich zu einem so scharfen Erlaß gezwungen sieht.

## Politische Rundschau.

### Deutschland.

#### Die Landtagswahlen in Hessen.

Bei den Landtagswahlen in Hessen, die am Freitag stattfanden, haben unsere Genossen vier Mandate erobert und zwar das neue Offenbacher Mandat mit Genossen Eisner, ein neues Mandat in Griesheim mit Genossen Raab, ein Mandat mit Genossen Busold in Bilsel und dann das alte Mandat Langen-Isenburg mit Dr. Fulda. Verloren haben wir das bisherige Mandat in Gerresheim mit Genossen Berthold; nicht wiedergewonnen haben wir das 1908 eroberte Mainzer Mandat, wo Ablesung mit 6619 Stimmen dem bürgerlichen Kompromißkandidaten unterlag, der 6864 Stimmen erhielt. Dann sind wir an sieben Stichwahlen beteiligt, drei mit Bauernbündlern, drei mit Nationalliberalen und eine mit Freisinn; davon sind drei ausichtslos. Unsere Stimmenzahl hat sich überall vermehrt.

Der Freisinn, der ein Mandat zu verteidigen hatte, hat im ersten Wahlgange drei Mandate gewonnen und ist in drei ausichtsreichen Stichwahlen. Der frühere Pfarrer Koresl ist in einem oberhessischen Wahlkreis mit großer Mehrheit gewählt.

Zentrum und Bauernbund haben ihren Bestzustand ungefähr gehalten und werden durch die Stichwahl noch eine geringe Verstärkung erfahren. Die Doppelstimmen für Wähler über 50 Jahre haben beiden Parteien, Zentrum und Bauernbund, großen Vorteil gebracht.

Die Nationalliberalen haben von ihren acht zu verteidigenden Mandaten bisher nur drei gehalten und stehen in fünf zum Teil ausichtslosen Stichwahlen. Diese finden am 17. November statt.

Die Mehrheitsverhältnisse im hessischen Landtage werden durch die jetzigen Wahlen nicht geändert.

#### Konservativer Terrorismus.

Auf dem konservativen Parteitag in Breslau hat Herr v. Heydebrand unter dem dröhnenden Beifall der zahlreichen „Zwangsdelegierten“ auch scharf Stellung gegen den immer fühlbarer werdenden sozialdemokratischen Terrorismus genommen, und scharfe Schutzmaßregeln gegen das verwerfliche Kampfmittel von der Regierung verlangt. Daß Herr v. Heydebrand den Terrorismus nur bei der Sozialdemokratie sucht, ist durchaus nicht neu. Daß aber der Terrorismus in der eigenen Partei und im eigenen Wahlkreise des ungekrönten Königs in üppigster Weise mündert, davon will dieser nichts wissen, obwohl es ihm von den Sozialdemokraten als auch von seinem nationalliberalen Gegenkandidaten im Wahlkreise Mielisch-Trebnitz schon hundertmal in öffentlichen Versammlungen gesagt und bewiesen worden ist. Ein Beispiel, auf welche Weise die Konservativen terrorisieren, gibt der freisinnige „Striegauer Anzeiger“ aus dem Wahlkreise Schweidnitz-Striegau, den zurzeit der konservative Abgeordnete von Richthofen im Reichstage vertritt. Nicht nur, daß Herr v. Richthofen den Austrägern des „Striegauer Anzeigers“ verboten hat, sein Dominium zu betreten, sucht er auch dieses Blatt durch Einwirkung auf die Hofleute in seinem Abonnementstand zu schädigen. Der Bundesgenosse des Herrn von Richthofen, der Landesälteste Dr. Schwarz in Eisenhof hat sogar an seinen Dominialhäusern Schilder anbringen lassen, die ein Verbot gegen den freisinnigen Striegauer Anzeiger enthalten. In gleicher Weise sucht ein anderer Junker, ein Herr von Buddenbrock auf Pläswitz das freisinnige Blatt zu schädigen. Ganz abgesehen davon, daß fast den meisten Gastwirten im Kreise der direkte Boykott angedroht wird, wenn sie ihre Säle oder Grundstücke zu sozialdemokratischen oder freisinnigen Wählerversammlungen hergeben.

Nennt das Herr v. Heydebrand keinen Terrorismus, wenn den Landarbeitern unter Androhung der Folgen vorgeschrieben wird, was sie zu lesen haben. Ja, Bauer, das ist etwas anderes.

## Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Montag, den 6. November.

**Achtung, Bauarbeiter!** Über die Firma Logner ist bei den Ausschachtungsarbeiten der Straßenbahn-Wagenhalle (Rabenstraße) wegen Lohnunterschieden die Sperre verhängt. Kein rechtlich denkender Arbeiter darf den entlassenen Kollegen in den Rücken fallen.

Die Tarifkommission.

**Kinderschutzkommission.** Unsere Kommission hat sich neu konstituiert und sind jetzt die nachfolgenden Adressen maßgebend. Wir bitten etwaige Beschwerden und Mißstände den nachbenannten Genossen und Genossen sofort unterbreiten zu wollen:

1. Genosse Drefsen, Loignystr. 14.
2. Frau Jaedst, Warendorffstr. 1/3, I.
3. „ Genze, Warendorffstr. 66 II.
4. „ Burmeister, Böttcherstr. 13.
5. „ Rubbert, Loignystr. 18, Hinterhaus.
6. „ Mehlig, Gr. Bauhof 7.
7. „ Bahr, Koll 6.
8. „ Gierlich, Karpfenstr. 18 III.
9. „ Kleinfeldt, Glandorffstr. 8 I.
10. „ Engel, Elmigstr. 24 a. part.
11. „ Schlomer, Schmartaer Allee 9.
12. Arbeitersekretär F. Mehrlein, Johannisstr. 48.
13. Gemeindeführer O. Rabden, Johannisstr. 48.

Vorsitzender der Kommission ist jetzt Genosse Drefsen, der alle weiteren Auskünfte gern gibt und an den alle diesbezüglichen Anfragen zu richten sind.

Die Kinderschutzkommission.

**Hat man es vergessen?** Bisher hat der Bürgerauschuß noch nicht einmal die Wahllokale zur Bürgerauswahl festgesetzt. Woran liegt das? War noch keine Zeit

dazu da? Oder hat man es vergessen? Am Dienstag, dem 14. d. M. finden doch schon die Wahlen auf dem Landgebiet und am Freitag, dem 17., in den städtischen Bezirken statt. Will man am Ende damit erst so lange warten, bis die Cliquen sich verständigt haben?

Die „vereinigten“ bürgerlichen Parteien kommen jetzt in eine gewisse tagenämliche Stimmung, die durch den „erklärenden“ Bürgerlichkeitswahlkampf erzeugt worden ist. Sie veröffentlichen deshalb folgendes in der gesamten lübischen Reichsverbandspresse:

Die Vereinigung der bürgerlichen Parteien hat sich zusammengeschlossen, um einen Vertreter des Bürgerturns in den Reichstag zu entsenden. Sie bittet daher ihre Mitbürger in den Bürgerlichkeitswahlkämpfen dies gemeinsame große Ziel stets im Auge zu behalten und bei der Reichstagswahl ohne Rücksicht auf Vorhergegangenes wie vor 5 Jahren sich zugunsten der Wahl des bürgerlichen Kandidaten, des Herrn Julius Klein geschlossen zusammenzufinden. Die Vereinigung der bürgerlichen Parteien. Reichsverein. Nationalliberaler Verein. Verein der liberalen Volkspartei.

Welcher Mensch kann so gefühllos sein, um ein derartiges Gemeinwohl ohne Erbarmen zu lesen? Herr Klein und die bürgerlich-cliquen sind doch ein Herz und eine Seele.

**Arbeitersekretariat.** Die Zahl der Besuche belief sich im Monat Oktober auf 1334 (1347), die der Besucher auf 1519 (1520). — Die eingeklinkerten Zahlen sind die des vorvergangenen Monats. — Davon kamen in derselben Sache wiederholt 159 Personen. Mitbitten sind im Monat Okt. 1175 (1193) neue Fälle bearbeitet worden. Auskünfte wurden erteilt 1464 (1447), darunter nach auswärts schriftlich 31 (26). Von den Besuchern waren organisiert 791 (755) Personen, und zwar gewerkschaftlich 490, politisch 12, gewerkschaftlich und politisch 289. Unter den verbleibenden 728 Nichtorganisierten befinden sich 297 Angehörige von Organisierten und 36 Organisationsunfähige. Dem Geschlecht nach waren von den Besuchern 1037 (1022) männlich, 457 (435) weiblich. Den Hauptgruppen nach verteilten sich die Besucher wie folgt: Arbeitnehmer und deren Angehörige 1322 (1286); selbständige Gewerbetreibende, Beamte, Bauern etc. und deren Angehörige 172 (221); Vereine, Organisationen und Behörden 25 (13). In Lübeck-Stadt hatten von den Besuchern 1116 (1112) Personen ihren Wohnsitz, in Lübeck-Land 158 (167), Oldenburg 110 (109), Mecklenburg 63 (67), Preußen 65 (59), und sonstwo 7 (6). Die Auskünfte verteilten sich wie folgt: Arbeiterversicherung (Unfall-, Invaliden- und Krankenversicherung) 273 (255), Arbeits- und Dienstvertrag 330 (319), bürgerliches Recht 522 (526), Strafrecht 122 (129), Gemeinde- und Staatsbürgerliche Sachen 150 (163), Arbeiterbewegung 24 (13), Privatversicherung 12 (18), Handels- u. Gewerbesachen 11 (13), Verschiedenes 20 (6). Von den Auskünften machten 242 (244) die Anfertigung von 326 (354) Schriftsätzen erforderlich; außerdem gingen aus 21 (25) sonstige Briefe und Postkarten. Ein gingen 179 (168) Postsendungen. Der 16. Oktbr. zeigte mit 85 (90) die höchste, der 20. Oktober mit 42 (42) die niedrigste Besucherzahl.

**Folgen der Teuerung.** Die Beamten der Lübeck-Büchener Eisenbahngesellschaft haben bei der Direktion Anträge um Bewilligung einer Teuerungszulage und um Gehaltserhöhung gestellt. Sie wollen dasselbe Gehalt wie die preussischen Staatsbahn-Beamten. Außerdem bitten sie auch um Erhöhung der Ortszulagen. Hoffentlich finden die Wünsche der Beamten Berücksichtigung. Vor den Wahlen herrscht ja in manchen leitenden Kreisen immer eine gewisse Bewilligungsfreudigkeit. Wir möchten nur erwarten, daß auch die Bahnarbeiter nicht vergessen werden, wenn man den Beamten Zulagen bewilligt.

**Pänumbrale Mondfinsternis, sichtbar.** Die einzige von den vier in diesem Jahre stattfindenden Finsternissen in unserer Gegend sichtbare Verfinsternung ist die auf den Nachmittags des 6. November fallende pänumbrale Mondfinsternis, wiewohl auch diese nur recht unscheinbar ausfällt. Der Mond durchzieht nämlich nur den Halbschatten (Pänumbra) der Erde, berührt aber den dunklen Kernschatten nicht. Beginn der Finsternis ist 2 Uhr 39 Min., Mitte des Durchgangs 4 Uhr 37 Minuten und letzte Berührung 6 Uhr 34 Minuten nachmittags. Da indessen der Mond erst gegen 4 1/2 Uhr aufsteht, kann man den ersten Teil der Finsternis nicht beobachten. Bei dem Durchgange durch den Erdschatten, der durch die Brechung und Zerstreung des Sonnenlichtes in der Erdatmosphäre entsteht, bleibt die volle Mondscheibe sichtbar, der Schatten macht sich auf ihr nur als ein rauchiges Segment bemerkbar.

**Mond und Saturn.** Eine Konjunktion des Mondes mit dem Planeten Saturn findet kurz nach Mitternacht vom 6. zum 7. November statt: um 1 Uhr bewegt sich der volle Mond 4 1/4 Grade, d. h. reichlich 8 Wollmondbreiten nördlich am Saturn vorüber, der als Stern erster Größe in überaus ruhigem Lichte strahlt. Da das Gestirnpaar um diese Zeit hoch im Süden steht, befindet sich der Saturn senkrecht unter dem Monde, ist also für denjenigen, die seinen Standort nicht wissen, auf den ersten Blick zu erkennen. Zu Fernrohrbeobachtungen des Planeten eignet sich diese Nacht weniger, da der Glanz des Mondes ab schwächend wirkt. Man achte aber auch auf die übrigen hellen Gestirne in der Nähe, vor allem auf die nordöstlich vom Monde sichtbaren Plejaden, auf den östlich von ihm in rotem Lichte strahlenden Mars und auf den diesem südlich nahen Fixstern erster Größe Aldebaran im „Stier“.

**Die diesjährigen Herbst-Kontrollversammlungen** finden statt: In Lübeck, Restaurant „Pockenhof“ am Dienstag, dem 7. Novbr. 1911, vorm. 9 Uhr, für sämtliche Mannschaften der Infanterie (ausschließlich Krankenträger) der Jahreshälfte 1906. Dienstag, den 7. Novbr. 1911, vorm. 11 Uhr, für sämtliche Mannschaften der Infanterie (ausschließlich Krankenträger) der Jahreshälfte 1907.

**Saatenstand im Lübeckischen Staat Anfang des Monats November 1911.** Nach den Meldungen der ehrenamtlich tätigen Berichtsführer der 16 Saatenstandsbezirke hat das Statistische Amt für Anfang November folgende Saatenstandsnoten berechnet: (Nr. 2 bedeutet gut, Nr. 3 mittel, Nr. 4 gering) für Winter-Weizen 2,4, Winter-Roggen 2,2. Die Bestellung der Herbstsaaten konnte nach Eintritt ergiebiger Niederschläge zu Ende geführt werden. Die Saaten haben sich infolge des Hin und wieder eingetretenen wärmeren Wetters gut entwickelt und zeigen durchweg ein frisches Aussehen. Nur spät bestellte Saat ist zurückgeblieben; kältere Nächte hinderten sie im Wachstum. Mäuse verursachen stellenweise empfindlichen Schaden.

**Gefundene Gegenstände.** Im Monat Oktober ds. Js. sind beim Polizeiamt als gefunden eingeliefert (angemeldet) und nicht wieder abgefordert worden: diverse Portemonnaies mit und ohne Inhalt, ein goldener Trauring, eine silberne Damenuhr, eine schwarze Damenuhr, eine silberne Brosche, ein Kneifer, mehrere Schirme und Stöcke, eine Stiefeldecke, 1 Tablettdecke, ein Marine-Kinderkragen, eine Damenhandtasche, eine Schubkarre und eine Messingstange.

**d. Diebstahl.** In einem Tanzlokale in der Fackelburger Allee wurde einem Gaste sein dort hängender schwarzer

überzieher nebst schwarzem, steifem Hut entwendet und vermisslich gestohlen. Man ist dem Täter auf der Spur. Anzeige ist erstattet.

**Ein starker Sturm brauste gestern über unsere Gegend und schüttelte nicht nur Bäume und Äste, sondern richtete auch mancherlei Schaden an. In der mittleren Gürtstraße wurde das Schußblech vom Giebel eines Hauses gerissen, so daß die Feuerwehre bemächtigt werden mußte, um die Gefahr von den Dächern der Passanten zu wenden. Manche Ziegel fielen aus luftiger Höhe auf das Trottoir herab. Die Trave und der Kanal wiesen heute früh einen Wassermangel auf, wie man ihn selten bemerken konnte. Am Elbe-Travenkanal hat sich das rechtsseitige Ufer bei der Gürttorbrücke ganz bedeutlich gesenkt. Heute mittag hat die Wut des Sturmes schon nachgelassen.**

**Vorträge im Neuen Stadttheater.** Die Direktion des Stadttheaters beabsichtigt im Laufe dieses Winters vor einer Anzahl von Schauspielvorstellungen (vielleicht auch vor einigen Opern) je einen einführenden Vortrag halten zu lassen, um das Verständnis für das aufzuführende Werk und seinen Schöpfer in den weitesten Kreisen des Publikums nach Möglichkeit zu fördern und zu vertiefen. Die Vorträge werden immer einige Tage vor der betreffenden Aufführung und zwar im Marmorssaal abends von 8 bis 9 Uhr gehalten werden; dieselben sind jedermann unentgeltlich zugänglich. Den ersten dieser Vorträge hat Herr Dr. Schlotmann am Marmorssaal abends von 8 bis 9 Uhr gehalten; dieselben sind jedermann unentgeltlich zugänglich. Den ersten dieser Vorträge hat Herr Dr. Schlotmann im Hinblick auf die an Kleists Todestag stattfindende Vorstellung des Prinzen von Homburg über: „Heinrich von Kleist als Dramatiker und sein Prinz von Homburg“ sprechen.

**Antialkoholische Schaufensterausstellung.** Wie aus dem Inseratenteil ersichtlich, veranstaltet die Guttemperlerloge „Glücksquelle“ eine antialkoholische Schaufensterausstellung, die dem Publikum zeigen soll, daß das Abstinenzprinzip wohlberechtigt sei. Tabellen weisen auf die Folgen des Alkoholgenußes und die in den Getränken enthaltenen Mengen Alkohol hin. Es soll damit auch vor Augen geführt werden, wie mancher Familienvater das in schädlichem Alkohol angelegte Geld zur besseren Ernährung seiner Angehörigen verwenden könnte.

**Neues Stadttheater.** Man schreibt uns: Für Dienstag ist Richard Wagners romantische Oper „Der fliegende Holländer“ angesetzt. Am Mittwoch, abends 8 Uhr, kommt auf vielseitiges Verlangen bei kleinen Preisen als vollständige Vorstellung Schönherrers packendes Schauspiel „Glaube und Heimat“ zur nochmaligen Aufführung. Zur Feier des Geburtstages Friedrich von Schillers befindet sich des Meisters herrliches Werk „Die Braut von Messina“ in Vorbereitung.

**Stoßeldorf. Großfeuer.** Heute nacht brannte zwischen 4 und 6 Uhr die Stoßeldorfer Mühle, dem Herrn Willers gehörend, total nieder. Die Ursache des Feuers soll darin liegen, daß sich eine Welle heiß gelaufen hat.

**Stoßeldorf. Eine Abrechnung mit den Lebensmittelparteienern findet am Dienstag abends 8 1/2 Uhr in der im Lokale des Herrn Pactua arrangierten Volksversammlung statt. Genosse Stellung-Lübeck hat das Referat übernommen. Es ist nicht nur Pflicht der Genossen und Arbeiter, sondern auch der Genossinnen und Arbeiterinnen, zahlreich in dieser Versammlung zu erscheinen. Hat man doch die Teuerung in den Kreisen, die tonangebend sind, einfach abgestritten. Ihr Arbeiter und Arbeiterinnen von Stoßeldorf und Umgegend! Zeigt den Herren durch eine überfüllte Versammlung, wie ihr über die Teuerung denkt. Kommt alle, ohne Ausnahme!**

**Schwartau. Mit der Lebensmittelteuerung** beschäftigte sich eine am Sonnabend abend im Gasthof „Transvaal“ stattgefundene sehr gut besuchte Volks-Versammlung. Genosse Stellung-Lübeck wies in eingehender Weise auf die Ursachen und Folgen der enormen Teuerung hin und forderte die Versammelten auf, am 12. Januar Generalabrechnung mit den Volksausplünderern zu halten. Diskussion wurde nicht beliebt. Es fand eine Resolution einstimmige Annahme, nach welcher der Oldenburger Landtag ersucht wird, den Vertreter Oldenburgs im Bundesrat zu beauftragen, bei der Reichsregierung auf Suspendierung der Lebensmittelzölle, Aufhebung der Grenzperre und Befreiung des Systems der Einfuhrscheine hinzuwirken. Mit einem begeisterten aufgenommenen Hoch auf die internationale Arbeiterbewegung fand alsdann die Versammlung ihr Ende.

**Renfefeld. Gemeinderatssitzung am 4. November.** Lehrer Kerbel erhielt in der vorigen Sitzung eine Gehaltszulage von 275 Mk. bewilligt, da er nach dem neuen Lehrerbefoldungsgesetz seinen jüngeren Kollegen gegenüber benachteiligt war. Da nun die Lehrer Behlendorf und Sach sich zurückgesetzt fühlten, beantragten sie bei der Schulkommission, ihnen auch eine Gehaltszulage zu bewilligen. Die Gemeindevertretung, die hierüber zu beschließen hat, lehnte jedoch den Antrag ab, da die Begründung des Antrages nicht stichhaltig genug war. Ein weiterer Antrag des Herrn Behlendorf, betreffs Aufbesserung seines Grundgehalts wurde zurückgelegt. Die Wahl von Waisenräten für Renfefeld fiel auf den J. Lunde junior und Klempner F. Muß, für Gr.-Barin und Horstorf H. Stammer sen., für Cleve, Cleverbrück und Clever-Landwehr Gastwirt L. Guhl, für Kl.-Barin, Bohnsdorf Hüfner Wilken-Bohnsen. Als Wahlmann zu den schleswig-holsteinischen landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaftsversammlungen wurde Gemeindevorsteher Uterch gewählt. In den Schulvorstand, der nach dem neuen Schulgesetz alle 6 Jahre zu wählen ist, wurden gewählt G. Hardt-Renfefeld, J. Petersen-Gr.-Barin, Arbeiter Schütz-Horstorf und Arbeiter Schacht-Bohnsdorf. Mit der Kassenprüfung wurden W. Staat und Hüfner R. Hardt-Gr.-Barin beauftragt. Zimmermeister und Gemeinderatsmitglied Meyer-Renfefeld hatte beantragt, betreffs des Fortbildungsschulwesens möge die Gemeinde sich an Schwartau anlehnen, jedoch wurde dieser Antrag für diesen Winter abgelehnt, aber beschlossen, den Lehrlingen von Renfefeld das halbe Schulgeld zu erstatten. Vom Gemeindevorsteher wurde hierauf bekannt gegeben, daß das Oldenburger Obergericht den Spruch des Verwaltungsgerichts, betreffs Aufhebung der Wahl des Gen. J. Petersen zum Gemeinderatsmitglied aufhebt und die Wahl uneres Genossen für gültig erklärt. Somit ist den Bürgerlichen der von ihnen so heiß ersehnte Wunsch, die Mehrheit im Gemeinderat zu stellen, zu Wasser geworden. Es stellen nun unsere Genossen 7, die Bürgerlichen 5 Vertreter. Nachdem noch einige Armensachen erledigt waren, stellten unsere Genossen den Antrag, als bevorstehenden Punkt auf die nächste Tagesordnung zu setzen: „Erwerb von Grundeigentum für die Gemeinde“.

**Dänishburg. Risiko der Arbeit.** Am Freitag verunglückte in der hiesigen Düngersfabrik der Arbeiter Fölsch, wohnhaft in Renfefeld, dadurch, daß er vom Gerüst herabstürzte. Er trug eine schwere Kopfverletzung davon und hat anscheinend auch innere Verletzungen erlitten. Der Verletzte wurde in seine Wohnung geschafft.

**Hansdorf.** In sehr gut besuchter Volksversammlung sprach hier gestern abend im Hause des Herrn Thyrau Genosse Stellung-Lübeck über die bevorstehenden

Reichstagswahlen. Seine Ausführungen haben zweifellos manchem Wähler die Augen geöffnet, so daß die Mahnung des Vorklenders, Gen. Westphal-Katetau, am Wahltag für den sozialdemokratischen Reichstagskandidaten einzutreten, herzlich auf guten Boden gefallen ist. Es wurden mehrere Neuaufnahmen in die Partei bewirkt.

**Neumünster.** Ein schreckliches Brandunglück ereignete sich in der Ortschaft Limespe. Dort wurde der Besitz des Rätters Claus Kühl durch Feuer zerstört. Der sechsjährige Sohn Claus, der sich auf dem Hausboden befand, ist mitverbrannt, es wurden von der Leiche nur noch winzige Überbleibsel gefunden.

**Hamburg.** Zur Beendigung des Kampfes im Hamburger Holzgewerbe. Auf Veranlassung der beiderseitigen Zentralvorstände fanden Ende Oktober in Berlin erneute Einigungsverhandlungen statt, zu deren Führung die zentrale Schiedskommission für das Deutsche Holzgewerbe berufen wurde. Die örtlichen Parteien waren durch je drei Vertreter anwesend. Es fand eine Einigung zwischen den Parteien selbst nicht statt, worauf die zentrale Schiedskommission einen Schiedsspruch fällte, welcher sich erstreckt auf die Bestimmungen des paritätischen Arbeitsnachweises, auf Arbeitszeit, Arbeitslöhne, Alfordtarife, Montagezuschüsse usw. Nach dem Schiedsspruch bleibt der paritätische Arbeitsnachweis obligatorisch, so wie er vor dem Kampfe bestanden hat. Die Arbeitszeit wird um eine Stunde verkürzt; die Löhne steigen um 6 resp. 7 Pfg. pro Stunde innerhalb der Vertragsdauer. Der Vertrag läuft bis zum 15. Februar 1915. Am 3. November fanden in Hamburg die Versammlungen der Unternehmer und der Arbeiter zu gleicher Zeit statt, um zu dem Resultat der Schiedssprüche Stellung zu nehmen. Beide Versammlungen stimmten dem Schiedsspruch zu, so daß am Montag, 6. November, die Arbeit aufgenommen werden kann. Der paritätische Arbeitsnachweis beginnt sofort seine Tätigkeit.

Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß zurzeit in Hamburg eine größere Anzahl streikender und arbeitsloser Holzarbeiter noch vorhanden ist. Es sind noch zigtausend Arbeitslose am Orte, die meistens verheiratet und demzufolge an den Ort gebunden sind. Die Aufträge und Arbeiten sind in größerer Zahl während des Kampfes nach auswärts vergeben worden, so daß aller Wahrscheinlichkeit nach in Hamburg in den letzten Wochen eine recht bedeutende Arbeitslosigkeit einsetzte. Es ist deshalb unbedingt notwendig, daß der Bezug nach Hamburg vermieden wird. Der Holzarbeiterverband muß von seinen Mitgliedern unter allen Umständen so viel Disziplin verlangen, damit das mit so schweren Opfern erkaufte Resultat nicht durch ein überangebot von Arbeitslosen in der ersten Zeit des Friedens wieder in Frage gestellt wird. Darum Holzarbeiter in allen Orten! Haltet den Bezug fern, bis sich das Gewerbe in Hamburg wieder so weit erholt hat, daß Ihr dort eure alten Plätze einnehmen könnt!

**Kostock. Gegen die Teuerung.** Für die Beamten eine Teuerungszulage — für die Arbeiter aber keine: Der Magistrat der Stadt Kostock hatte der Stadtverordnetenversammlung eine Vorlage zugehen lassen, die unter 1800 Mk. Gehalt beziehen, eine einmalige Teuerungszulage von 100 Mk. zu gewähren. Unsere Genossen empfahlen die Annahme der Vorlage, verlangten aber, daß die Bedingung gestellt werde, auch den städtischen Arbeitern die gleiche Zuwendung zu machen. Als Bedingung wollte die Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung jedoch nicht stellen, sie ließ es bei einer Wunschäußerung bewenden. Jetzt antwortet der Magistrat nun, daß er diesem Wunsche nicht stattgeben könne, er wolle indessen Erhebungen anstellen, über die Zahl der städtischen Arbeiter und darüber, was eine Teuerungszulage für sie der Stadt kosten werde. Der Magistrat rüffelt dann das Stadtparlament, weil es bei den städtischen Arbeitern die Hoffnung (auf 100 Mk.) erweckt habe, die wahrscheinlich nicht befriedigt werden könne! — Mit mehr Nachdruck, als wie es hier geschieht, können die Arbeiter schon nicht mehr darauf gestoßen werden, daß wir in einem Klassenstaat leben.

## Theater und Musik.

**Neues Stadttheater.** „Das Musikantenmädel“, Operette in 3 Akten von Buchbinder; Musik von Jarno. Wenn man eine „moderne“ Operette erstmalig gesehen hat, glaubt man gewöhnlich, nun sei der Gipfel der Geschmackslosigkeit erreicht. Aber man irrt sich, und das wird immer durch die nächste neue Operette bewiesen. „Das Musikantenmädel“ ist so fade, wie nur ein Operettenlingelingsel sein kann. Außer von den Diebstählen an Papen — dem man so eine Art bessere Statistenrolle im „Musikantenmädel“ zugemessen hat — lebt der Herr Jarno nur von sehr geringen eigenen Geistesvorräten. Nicht einmal besseres Variete ist es, was er bietet. Aber er weiß, daß es ein gewisses Publikum gibt, welches bei dem Gesang von „Gott erhalte Franz den Kaiser“, alias „Deutschland, Deutschland über alles“ in Begeisterungstaumel versetzt wird, und an dieses blöde Publikum wendet er sich. Wir haben gestern die Künstler bedauert, die ihre Kräfte für einen solchen Schmarren einsetzen mußten, der mit echter Kunst absolut nichts zu tun hat. Die Vogen des ersten Ranges waren wie gewöhnlich boykottiert. Kunst oder Pseudokunst zieht eben bei den Lübecker Zahlungsfähigen nicht mehr. P. L.

## Sprechsaal.

Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.)

Die Holzfirma Havemann und Sohn hat, entgegen ihren sonstigen Gewohnheiten, in diesem Jahre die Arbeitszeit schon jetzt sehr stark reduziert. Es ist dort seit Sonnabend eine Arbeitszeit von 8—5 Uhr eingeführt. Gewiß keine schönen Aussichten für die Arbeiter für diesen Winter bei den herrschenden teuren Preisen. Nun ist aber noch ein übelstand als Begleiterscheinung zu bemerken. Die Arbeiter haben zum großen Teil einen sehr weiten Weg zu ihrem Arbeitsplatz, kommen sie doch von Schwartau, Renfefeld, Gr.-Barin, Stoßeldorf usw., müssen also morgens schon stundenlang laufen und teilweise um 6 Uhr Kaffee trinken. Es wird aber dann keine Frühstückspause gemacht, und wehe demjenigen, der sich hinter einen Bretterstapel verkriecht, um schnell seinen Hunger zu stillen. Der Lagermeister sucht alle Ecken nach, und wenn er erwischt, der wird angeschauzt. Nun wäre es doch sehr erwünscht, um diesen Unliebhamkeiten aus dem Wege zu gehen, wenn die Firma die Arbeitszeit so regelt, daß sie wie in sonstigen Jahren von 7 Uhr morgens arbeiten ließe, mit einer halbstündigen Frühstückspause; denn die Arbeiter können doch unmöglich hungrig ihre Arbeit verrichten. Hoffentlich haben diese Zeilen den gewünschten Erfolg.

Ginet für alle.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwig, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stöwing, Verleger: L. H. Schwarg, Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.



## An die organisierte Arbeiterschaft Deutschlands!

Die organisierten Tabakarbeiter und -arbeiterinnen in Pommern und Westfalen sind seit dem 12. Oktober auf Beschluß des Westfälischen Zigarrenfabrikantenverbandes ausgesperrt, weil gegenüber einigen Fabrikanten beschriebene Forderungen auf Lohnerhöhung geltend gemacht worden waren. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Tabakarbeiter und -arbeiterinnen in Pommern und Westfalen sind die allererbärmlichsten. Nach der Statistik der Tabakberufsgenossenschaft beträgt der Durchschnittsverdienst der Vollarbeiter 2,16 Mk. pro Tag. Daß die Arbeiter und Arbeiterinnen der Tabakindustrie angesichts der enormen Preissteigerungen der notwendigsten Lebensmittel geradezu gezwungen sind, eine Lohnerhöhung zu fordern, wenn sie nicht langsam Hungers sterben wollen, ist für jeden Einsichtigen selbstverständlich. Der Fabrikantenverband lehnte indes jede Lohnverbesserung ab und beschloß, am 30. September allen organisierten Tabakarbeitern zu kündigen, falls die von den Arbeitern ausgesprochenen Kündigungen nicht bis zum 28. September zurückgenommen und die eingestellte Arbeit wieder aufgenommen worden sei. Weil die Arbeiter sich diesem brutalen Machtwort der Unternehmer nicht fügten, wurden am 12. Oktober rund 9000 Arbeiter und Arbeiterinnen ausgesperrt. Im Laufe dieser Woche hat der Kampf eine weitere Ausdehnung dadurch erfahren, daß die Tabakarbeiter in Bremen und Hamburg in den Solidaritätsstreik getreten sind, weil sie Streikarbeit nicht machen wollten. Mehr als 10000 Tabakarbeiter und -arbeiterinnen stehen also im Kampf. Die Unternehmer beabsichtigen, durch die Aussperrung die Organisation der Arbeiter kampfunfähig zu machen. Die Verbände der Tabakarbeiter und der Zigarrenfortierer haben bisher die zur Unterstützung der Streikenden und Ausgesperrten erforderlichen Summen selbst aufgebracht, den Kampf aus eigenen Mitteln, aus eigener Kraft geführt. Der große Umfang und die Bedeutung des Kampfes für die unter so jammervollen Lohn- und Arbeitsbedingungen leidende Tabakarbeiterschaft erheischt die tatkräftige Mithilfe der organisierten Arbeiter.

Wir wenden uns deshalb an die organisierte Arbeiterschaft Deutschlands mit der dringenden Aufforderung, durch Vornahme allgemeiner Sammlungen zur Unterstützung der kämpfenden Tabakarbeiter und -arbeiterinnen beizutragen.

An die Vorstände der Gewerkschaften und örtlichen Gewerkschaftskartelle ergeht die Bitte, sofort die nötigen Maßnahmen für diese Sammlungen zu treffen. Die Gewerkschaftskartelle werden ersucht, die Sammlungen an ihrem Orte zu zentralisieren. Sammelstellen werden von der Generalkommission nicht verändert; soweit solche erforderlich sind, müssen diese von den Gewerkschaftskartellen beschafft werden.

Gemäß dem Beschlusse des Kölner Gewerkschaftskongresses sind alle für die Tabakarbeiter aufgebrachten Gelder nur an die Generalkommission abzuführen. Für die Ablieferung ist folgende Adresse zu benutzen:

Konto Nr. 7930, Hermann Kube, Postcheckamt Berlin oder direkt an  
Hermann Kube, Berlin SO. 16, Engel-  
ufer 14/15.

Der Einfachheit wegen und um Porto zu sparen, wolle man die letztere Adresse nur benutzen, wenn besondere Umstände die direkte Einzahlung der Gelder erfordern. Im übrigen sind alle Geldsendungen unter Angabe der obigen Kontonummer und dem Namen des Kontoinhabers ausschließlich an das Postcheckamt Berlin zu richten. Zur Erleichterung der Einzahlungen erhalten in nächster Zeit alle Gewerkschaftskartelle Zahlkarten, auf denen die volle Adresse vorgegedruckt und auf denen nichts weiter nachzutragen ist, als der Betrag, der abgeliefert wird. Zahlkarten mit dem darauf bezeichneten Betrag können bei allen Postämtern des Reiches unentgeltlich eingeliefert werden. Ortsverwaltungen und Zahlstellen der Verbände, die aus besonderen Gründen Gelder direkt an die Generalkommission einsenden — in der Regel sollen die Gelder an das Gewerkschaftskartell am Orte abgeliefert werden —, werden ersucht, gleichfalls nur Zahlkarten zu benutzen und sich solche vom Gewerkschaftskartell auszuhändigen zu lassen.

Aber die eingehenden Beträge wird im „Correspondenzblatt“ quittiert. Besondere Quittungen werden dem Einsender nicht zugestellt.

Berlin SO. 16, Engelufer 15, den 4. Novbr. 1911.

Die Generalkommission  
der Gewerkschaften Deutschlands.  
E. Legien.

## Manifest für die internationale Demonstration gegen den Krieg.

An die Arbeiter aller Länder!

In der Nacht vom 26. zum 27. September d. Js., unmittelbar nach der Zusammenkunft des I. S. V. in Zürich, hat die italienische Regierung, die wir nicht mit Italien verwechseln wollen, dem Türkischen Reich ein brutales Ultimatum geschickt, und achtundvierzig Stunden nachher erklärte sie ihm den Krieg.

Dieser Anariff kann nicht energisch genug verurteilt werden durch alle diejenigen, welchen der Weltfrieden am Herzen liegt und die Achtung haben vor dem Völkerrichte. Niemals vielleicht hat die räuberische Politik des Kapitalismus sich so vollständig jedes heuchlerischen Schleiers entblößt. Niemals hat sie weniger Anstrengungen gemacht, einen Schein von Entschuldigung zu finden bei einem Gewaltstreich gegen eine andere zivilisierte Nation, die im Beginn großer Reformbestrebungen steht.

Gegen ein derartiges Attentat konnte die internationale Arbeiterschaft sich nicht anders wie einstimmig erheben. Unsere italienischen Genossen sind mit unsern türkischen Genossen vollständig einig, um im Namen der allgemeinen Interessen des Proletariats gegen ein ebenso verbrecherisches wie wahnsinniges Unternehmen zu protestieren, welches ebenso unheilvoll, vielleicht unheilvoller sein wird für die Sieger wie für die Besiegten. — welches die Geißel eines Weltkrieges zu entfesseln und einen Abgrund zu graben droht zwischen Europa und der neuen islamitischen Welt, und welches in letzter Konsequenz, notwendigerweise, den Mächten Vorwände liefern muß, die bisherigen Militärlasten noch drückender zu machen.

Eben um diesen Protest zu unterstützen, stehend auf die Stuttgarter und Kopenhagener Resolutionen sowie auf die spezielle Entscheidung, die in Zürich am 25. September

getroffen wurde, fordert das I. S. V. Euch auf, in den wichtigsten Städten Europas öffentliche Versammlungen zu veranstalten gegen den Gewaltstreich von Tripolis und damit auch gegen den Krieg im allgemeinen.

Die Expedition nach Tripolis ist in der Tat nichts als eine der mannigfaltigen Kundgebungen der von allen Großmächten befolgten Politik.

Wie Italien nach Tripolis ging, so hat England Ägypten genommen, machen Frankreich und Spanien sich Marokko streitig, hat Deutschland den Streich von Agadir ausgeführt, hat Österreich-Ungarn sich Bosniens und der Herzegowina bemächtigt. Und an diese Mitschuld des Beispiels reiht sich nun die Mitschuld der Zustimmung: wenn die italienische Regierung so handeln konnte, hat sie es nur im Einverständnis mit ihren Verbündeten und im Einverständnis mit den „Entente-Mächten“ getan.

Auch ist es nicht nur die italienische Politik, sondern die Politik aller Mächte, welche der internationale Sozialismus den Völkern als eine Politik der Wilden aufdecken muß, ihren Opfern ebenso verderblich wie denjenigen, welche daraus Vorteil zu ziehen glauben.

In der Türkei und in den muslimantischen Ländern überhaupt erzeugt diese Politik hartnäckige Rachsucht, gefährlichen Groll, und im Augenblick, wo edle Geister sich bemühen dort die Ideen, die Einrichtungen, die Freiheiten einzuführen, welche die abendländischen Nationen schon lange errungen haben, begünstigt sie die reaktionären Elemente und liefert ihnen wirksame Argumente gegen jedes friedliche Eindringen europäischer Kultur.

In Europa entfacht sie mörderische und kostspielige Kolonialkriege: — die Spanier erfahren es im Rif; die Italiener fangen an es in Tripolis zu erleben. Sie fällt die demokratischen Einrichtungen und hält deren Entwicklung auf. Sie stärkt die alten Gewalten und lenkt von den sozialen Bestrebungen ab. Sie verwickelt die Völker in die endlose Kette der Militärausgaben. Sie droht in jedem Augenblick Katastrophen zu provozieren, welche an Greueln alle Greuel übertreffen würden, die die Welt jemals kannte. Dieser Politik der Rohheit und der Gewalt muß das internationale Proletariat mehr denn je alle Kräfte, über die es verfügt, entgegenstellen. Unsere italienischen Genossen haben schon gegen die Expedition nach Tripolis getan, was sie unter so ungunstigen Verhältnissen tun konnten. Sie haben gekämpft und sie werden fortfahren, Fuß um Fuß gegen die nationalistische Bestialität zu kämpfen. Aber ihre Anstrengungen müssen von der ganzen Internationale unterstützt werden. Es müssen eben alle unsere Sektionen ihnen unsere moralische Solidarität bezeugen. Wir protestieren also mit ihnen energisch gegen den Krieg, und zugleich sprechen wir den Wunsch aus, daß die türkische Regierung, indem sie aus den Ereignissen die Lehre zieht, welche sich aus ihnen ergibt, indem sie sich bemühen soll, die ethnischen Gegensätze auszugleichen und den Beschwerden der Arbeiterklasse Rechnung zu tragen, zur Annäherung der Balkannationen wirksam beitragen möchte, bis ihre intimere Vereinigung zu einem federativen Organismus erfolgt sein wird. Die Nationen des Südens von Europa besitzen alle Kulturbedingungen für eine autonome Entwicklung. Sie sind ökonomisch verbunden. Sie werden sich politisch verbinden müssen. Der Sozialismus wird also mit seinem ganzen Einfluß die Idee der Solidarität der Balkan-

## Mut zur Sünde.

Roman von Max Kreyer.

(33. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten;  
alle Rechte vorbehalten.)

Dietrich Frobel lächelte etwas vergrämt, denn dieses „Ihr“ und „euch“ schien ihm jetzt nicht mehr so rec. am Plage zu sein; dennoch legte er nicht ohne Benützung die Fingerspitzen seiner schmalen, fast durchsichtigen Hand in die kräftige Rechte des Sängers.

Und als Emmerich hinaus war, quarrte Dietrich wieder sein Loblied hinter ihm her. „Du, er macht sich, er macht sich.“

„Ja, er macht sich — von Tag zu Tag immer mehr.“ bestätigte ihm Ernestine, aber nicht in seinem Sinne.

„Ich sehe dich noch schreiben, liebe Ernestine. Dann kann ich also wohl noch auf ein Weilchen.“

Und Frobel senior reckte sich und trat seinen berühmten Gang durch das Kontor an, um die Würde des Chefgemahls den wenigen dort drin zur Schau zu tragen; natürlich unter Begleitung des Hohenfriedbergers.

Der Gesellschaftsabend kam, und Frau Frobel sah mit Benützung, wie Emmerich ihr aus dem Wege ging und sie ganz in die Rolle des Gastes fand, der sich nach seiner Umgebung richtet, wenigstens schien es zu Anfang so, und so war sie zufrieden, weil unter den fünfzig Geladenen sich einige ältere Herrschaften befanden, die sich des Verkehrs Emmerichs im Hause ihrer Mutter entsinnen mußten. Sicher war es bei Frau Geheimrat Springer (Frau Geheimre Kommerzienrat Klang zu lang und überdies zu kaufmännisch) der Fall, denn bevor man zur Tafel ging, hatte sie schon die bedeutsame Bemerkung gemacht: „Immer noch ein stattlicher Mann. Schade, ewig schade um ihn. Es sind wohl jetzt fünfundsiebzig Jahre, seitdem wir beide ihn kennen?“

Frau Frobel nickte und entschuldigte sich freundlich, um ihre Empfangspflichten zu erfüllen. In ihrem heliotropfarbenen, mit weißen Asten besetzten Seidenkleid, in dessen Ausschnitt der volle Nacken stolz sich wölbte, machte sie entzückend noch Figur; und wenn sie so mit kurzer Schleppe dahintretete, das Gefunkel der Brillanten auf der Brust und im Haar wie ein Sprühfeuer mit sich schleppend, hatte sie etwas Beherrschendes und Selbstbewußtes, dabei aber auch Wiles, trotz ihrer Äppigkeit beinahe Grazie, denn sie hatte sich nun einmal den schwebenden Gang der Jugend

bewahrt. Alle Seelenorgane waren an diesem Abend verschleucht; nur Lebenswürdigkeit und Güte strahlten ihr aus den Augen, und fast lächelte sie zuviel, um in der Übung zu bleiben.

„Brünnhild in eigener Person“, hatte ihr der schöne Dedo bei der Begrüßung scherzhaft zugerufen, dann aber sofort ihre Rückenpartie zur Ansicht bekommen. So hatte sie ihn abfallen lassen und sich nicht mehr als nötig um ihn bekümmert. Hier fand jeder seine Dame und jeder seinen Platz, das mußte ihm genügen. Und doch war ein wenig von der „Brünnhild“ sitzen geblieben, denn darauf hatte sie es abgesehen gehabt, nach dem unwandelbaren Spruch: Alte Liebe rostet nicht. Diese Liebe konnte ja im geheimen noch glänzen in dem köstlichen, verborgenen Schrein, den man vor einem Spitzbuben seiner Art nach trüben Erfahrungen um so verschlossener hält.

Lange hatte sie geschwankt, ob sie nicht lieber ein Kleid mit durchbrochenem Einlage anlegen sollte, denn sie scheute seinen Blick, den Blick des Wissenden, der sicher zu Vergleichen herausfordern würde. Dann aber trach doch aus ihrem Sinnem darüber die Eitelkeit hervor und daneben auch der Trotz: sie wollte ihm doch zeigen, daß sie sich noch sehen lassen könne mit ihren schön geformten, spitz auslaufenden Armen, mit ihren weißen Schultern und ihrem noch immer schlanken Hals. Gerade, weil er jetzt eine „Person“ hatte und weil er neulich so froh gewesen war, wollte sie es tun. Und dann mochte er ihretwegen die Erinnerungen zu Vergleichen heraufbeschwören — sie wollte sich darum nicht kümmern, denn schließlich war auch er nicht jünger geworden während der Zeit.

Man hatte zwei Stunden lang bei Tisch gegessen, in dem nach modernen Begriffen etwas altmodischen Speisesaal, dessen köstliche Ornamentdecke und die Wandtäfelungen mit den Relief-Karyatiden jedoch den Zauberschilder Stillsierung zeigten. Überall aber plähten die Neuerungen schon hinein: durch eingelassene Spiegel zwischen den Säulen, durch äppige Malerei um Tür und Fenster und durch die elektrische Wandbeleuchtung, die unter mattem Glas, wie alabasterfarbenes Blättergeranke um das Wandgefäß lief. Nur oben an dem Plafond hing noch der alte venetianische Riesenlüster, aus dem die Glühbirnen wie hundert blühende Lichter hingen. Und aus dem Wintergarten hinten leuchtete es wie aus bunten Tropfen herein, hineingeworfen zwischen Palmen und Gewächsen. Ein halbes Duzend Musikanten saß dort und strich und plötete verzweifelt vor Hitze die Tafelmusik herunter, und wenn die Speisenden aufblickten, konnten sie gerade noch die Köpfe und die weißen Binden sehen.

Dann, als die Herren ihre Damen wieder in die Salons geführt hatten, sah man überall bemegte Gruppen: die Jugend hatte sich rasch zur Jugend gefunden, lachte und scherzte, und das Alter erging sich in ernstern Gesprächen. Nur der Spätommer mußte noch nicht recht, wohin er statern sollte, besonders die Schwestern von Löngebiel nicht, die in der Berliner Gesellschaft nun schon seit fünfzehn Jahren herumhüpften, ohne einen Mann zu finden. Stets gingen sie gleichgekleidet und in derselben Weise aufgeteilt, was Wigbolden zu der Bemerkung Veranlassung gab, man müsse die andere jedenfalls mitheiraten, was in Kulturländern — Gott sei Dank — nicht erlaubt sei. Das Alter fanden die Löngebiers „mieß“, da aber auch die jungen Herren ihnen nur ihre Höflichkeitbeweise entgegenbrachten, fanden sie auch die Jugend schal, obgleich sie sich eigentlich noch viel jünger dünkten, als die jüngsten Mädchen; denn sie hatten noch prächtige Schultern, die sie dann auch ganz gehörig als Lockmittel benutzten, wodurch sich aber immer nur die Herren blenden ließen, die entweder schon passiv waren, oder sich kleine Zweideutigkeiten erlaubten, woraus die Löngebiers schließen durften, daß man ihre Vermögensverhältnisse kenne.

Endlich hatte sich Emmerich ihrer angenommen, da die ältere, die etwas lang, seine Tischdame gewesen war, was er als eine Höflichkeit Emmerichs ausgelegt hatte; denn diese mitgenommene Puppe hatte ihm soviel von Musik vorge-schwatzt, daß schließlich seine Antwort nur ein Nicken gewesen war. Dafür hatte er aber um so mehr getrunken, besonders Sekt, so daß er nun schon ganz hübsch bei Stimmung war. Und so sah er jetzt nur noch die Schultern der Damen und was damit zusammenhing, ganz besonders der jüngeren, die sich nun als Malerin entpuppte.

„Werden Sie uns nachher noch etwas vorbringen?“ fragte die ganze Späte und betippte ihn mit ihrem Fächer schon ziemlich vertraulich, denn er hatte seinen alten blutigen Witz zu ihr gemacht, daß sie einen Hals besäße: schön, zum Hinrichten.

Und die weniger Späte warf ein: „Sie gastieren hier, nicht? Am Opernhaus, nicht? Wann werden Sie auftreten? Und im Sommer singen Sie in Bayreuth, nicht?“ Sie wußte nur, daß sie einen Sänger mit berühmten Namen vor sich hatte, und so sprach sie gerade hin, was ihr einfiel.

Weibe hatten natürlich keine Ahnung davon, daß er hier im Hause tätig war.

„Gewiß, meine kleine Freundin — ich gastiere ja hier schon den ganzen Abend, das sehen Sie doch“, erwiderte der schöne Dedo und ließ sie rüchichtslos stehen.

nationen unterstützen und wird die Widerstandskraft dieser Völker gegen die Intrigen und Angriffe des europäischen Kapitalismus stärken. Arbeiter aller Länder, vereinigt Euch gegen den Krieg, manifestiert für den Frieden, für die Abrüstung und für die Solidarität der Völker." Das internationale Bureau fordert auf, in den wichtigsten Städten Europas Protestversammlungen zu veranstalten.

Brüssel, im November 1911.

Der geschäftsführende Ausschuss des Internationalen Sozialistischen Bureaus:

E. A. Neele, Leon F. Burnmont,  
Emile Vandervelde,  
Camille Huysmans, Sekretär.

## Die Stadtverordnetenwahlen in Berlin.

Zur Wahl standen 17 Bezirke (nicht 16, wie wir im Vorbericht gemeldet, bei dem die durch einen Todesfall notwendig gewordene Ersatzwahl nicht mitgezählt wurde). Das Resultat ist folgendes:

1. Bezirk: Robert Dreischer (Soz.) 1579, Freisinn 1463 Stimmen. Gewählt: Dreischer (Soz.)
2. Bezirk: Joh. Sassenbach (Soz.) 1565, Freisinn 1299 Stimmen. Gewählt: Sassenbach (Soz.)
3. Bezirk: Hugo Böhm (Soz.) 1199, Freisinn 1237 Stimmen. Gewählt: Mengel (Frei.)
4. Bezirk: Hugo Woldersky (Soz.) 1766, Freisinn 1489 Stimmen. Gewählt: Woldersky (Soz.)
5. Bezirk: Julius Meyer (Soz.) 1604, Freisinn 1273 Stimmen. Gewählt: Meyer (Soz.)
10. Bezirk: Ludwig Toksdorf (Soz.) 4652, Freisinn keinen Gegenkandidaten aufgestellt. Gewählt Toksdorf (Soz.)
13. Bezirk: Dr. S. Jadek (Soz.) 3222, Freisinn 975 Stimmen. Gewählt: Dr. Jadek (Soz.)
14. Bezirk: Alexander Fröhlich (Soz.) 2117, Freisinn 1439 Stimmen. Gewählt: Fröhlich (Soz.)
15. Bezirk: Waldeck-Manasse (Soz.) 3448, Freisinn 201 Stimmen. Gewählt: Manasse (Soz.)
21. Bezirk: Frig. Wilke (Soz.) 3853, Freisinn keinen Gegenkandidaten aufgestellt. Gewählt: Wilke (Soz.)
23. Bezirk: Hugo Heimann (Soz.) 2496, Freisinn keinen Gegenkandidaten aufgestellt. Gewählt: Heimann (Soz.)
24. Bezirk: Eugen Brückner (Soz.) 3093, Freisinn 215 Stimmen. Gewählt: Brückner (Soz.)
25. Bezirk: Adolf Hoffmann, Soz. 3464, Freisinn keinen Gegenkandidaten aufgestellt. Gewählt: Hoffmann (Soz.)
28. Bezirk: Karl Koblenzer, Soz., 3210, Freisinn 206 Stimmen. Gewählt: Koblenzer (Soz.)
35. Bezirk: Karl Mars Soz., 3644, Freisinn keinen Gegenkandidaten aufgestellt. Gewählt: Mars (Soz.)
42. Bezirk: Dr. Leo Arons, Soz., 3081, Freisinn keinen Gegenkandidaten aufgestellt. Gewählt: Arons (Soz.)
46. Bezirk: August Hinge, Soz., 4716, Freisinn keinen Gegenkandidaten aufgestellt. Gewählt: Hinge (Soz.)

Die bisherigen 11 Mandate wurden nicht nur wiedererobert, sondern 5 hinzugewonnen.

## Die Zechenherren als Stimmungsmacher.

Vor wenigen Tagen ist bei der Feuerungsdebatte im Reichstage die Tatsache erwähnt worden, daß die preußischen Bergarbeiter in den letzten 3 1/2 Jahren durch direkte Lohnreduzierungen einen Lohnverlust von über 170 Millionen ertragen mußten. Diese Behauptung hat die Zechenherren sehr beunruhigt. Sofort erscheint ein Artikel in der dem Zechenverband für das Ruhrgebiet nahestehenden Presse. Die Tatsache des an-

gegebenen Lohnverlustes mag man nicht zu bestreiten. Auch wird nicht bestritten, daß die Ruhrbergleute allein einen Lohnverlust von über 132 Millionen Mark in derselben Zeit ertragen mußten. Nur soll die Rechnung dadurch unehrlich sein, weil sie auf der höchsten Spitze bisher überhaupt in der hundertjährigen Geschichte des Bergbaues erreichten Lohnkurve beruht. Nur Geduld, der Pfeil prallt auf den Schützen zurück. Seit drei Jahren hat die „Bergarbeiterzeitung“ den Lohnverlust der Bergarbeiter berechnet und von Quartal zu Quartal darüber berichtet. Die Unternehmer haben geschwiegen, weil sie die Richtigkeit der Angaben nicht bestreiten konnten. Das können sie auch jetzt nicht. Nur befinden wir uns jetzt in einer Situation, in der die Bergarbeiter Anstalten treffen müssen, um eine Lohnerhöhung zu fordern. Hiergegen muß Stimmung gemacht und die Öffentlichkeit beeinflusst werden. Das ist der Zweck der Abung.

Ganz erstaunt fragt der Artikelschreiber: „Wie kommt die „Bergarbeiter-Zeitung“ zu dem Ergebnis? Man höre. Die „Bergarbeiter-Zeitung“ hat darüber wie folgt geschrieben:

„Im vierten Vierteljahr 1907 hatten die Löhne fast überall den Höhepunkt erreicht, von da ab gingen sie rapide zurück. Wären die Löhne auf der Höhe, die sie im 4. Vierteljahr 1907 erreicht hatten, ständen geblieben, hätten die Bergarbeiter im preussischen Bergbau in den angeführten 3 1/2 Jahren 170 808 942 Mk. mehr verdient, die sie aber jetzt durch den Lohnrückgang verloren haben.“

Die „Bergarbeiter-Zeitung“ schrieb das, nachdem die amtliche Lohnstatistik für das zweite Quartal 1911 vorlag. Klar und deutlich ist ersichtlich, wie die Rechnung zustande kam.

Wenn diese Art der Berechnung unehrlich sein soll, dann dürften die Zechenherren nicht in denselben Fehler verfallen. Das geschieht jedoch; und zwar zu dem Zwecke, um nachzuweisen, daß die Bergarbeiter einen Lohngewinn haben. In dem Artikel des Zechenverbandes heißt es nämlich:

„Weswegen zieht die sozialdemokratische Presse als Vergleichsjahr nicht das Jahr des letzten Tiefstandes der Löhne, das Jahr 1909, heran und rechnet ihren Lesern vor, daß seit 1 1/2 Jahren ein Lohngewinn von 15 Millionen Mark zu verzeichnen ist.“

Damit hat der Artikelschreiber jedes Recht verwickelt anderen Unehrlichkeit vorzuwerfen. Daß sich die Bergarbeiterlöhne seit Anfang des Jahres 1910 aufwärts bewegen, wird gar nicht bestritten. Nur können mit dieser Steigerung die Bergarbeiter nicht zufrieden sein. Das umso weniger, weil seit 1907 infolge der Teuerung die Kaufkraft des Geldes zurückgegangen ist. Auch erfolgt die Steigerung der Löhne nicht in derselben Geschwindigkeit wie das Fallen. Im vierten Quartal 1907 betrug der Lohn für die eigentlichen Bergarbeiter (Hauer und Lehrhauer) im Ruhrgebiet pro Arbeitsschicht 6,14 Mk. Bis zum vierten Quartal 1909 war der Lohn dieser Arbeitskategorien schon bis auf 5,30 Mk. oder um 84 Pfennig pro Arbeitsschicht gesunken. Von diesem Zeitpunkt an geht es wieder im Schnecken tempo aufwärts, sodaß der Lohn für Hauer und Lehrhauer im zweiten Quartal 1911 auf 5,51 Mk. stand. Diese Steigerung kann nicht im geringsten befriedigen.

Wie die Lage der Bergarbeiter des Ruhrgebiets ist, geht am deutlichsten aus den Ausführungen des national-liberalen Reichstagsabgeordneten v. Schubert, die dieser am 12. November 1908 im Reichstag machte, hervor, der ausführte, daß eine große Zahl von Arbeitern häufig ihre Arbeitsplätze deshalb wechseln, um dem Gerichtswohlfahrer zu entgehen. In den Jahren 1906 bis 1908 soll bei einer Belegschaft von 176 548 Mann die Zahl der Pfändungen 347 807 betragen und es soll sich dabei um eine Summe von 3 298 665 Mk. gehandelt haben. Das sind Pfändungen nur wegen Steuern.

Die dürftige Lage der Ruhrbergleute mag Herr v. Schubert nur wider Willen bestätigt haben. Das Material selbst mag vom Zechenverband stammen und werden dadurch alle Ausführungen über die günstige Lage der Bergarbeiter über den Haufen geworfen. Die Löhne haben die Höhe von 1908 noch längst nicht erreicht. Hier muß

also etwas getan werden, sollen die Bergarbeiter nicht buchstäblich verarmen. Das weiß auch der Zechenverband; es soll darum vorgebeugt und die öffentliche Meinung bearbeitet werden, wie aus einem Zirkular des Zechenverbandes an die Vereinszechen, das uns ein glücklicher Wind zugeweht hat, ersichtlich ist. Das Zirkular lassen wir im Wortlaut folgen:

Verein für die bergbaulichen Interessen im Oberbergamtsbezirk Dortmund.  
Essen (Ruhr), den 26. Oktober 1911.

An die Vereinszechen!  
Zellungsnaechrichten zufolge beabsichtigen die Bergarbeiterorganisationen des niederheinlich-westfälischen Steinkohlenbezirks erneut in eine Lohnbewegung einzutreten, der die durch die anormalen Witterungsverhältnisse dieses Jahres hervorgerufene Teuerung zur Grundlage dienen soll. Es erscheint uns daher angebracht, schon mit Rücksicht auf die öffentliche Meinung, die sich wie stets mit den Forderungen der Bergarbeiter auf das lebhafteste befaßt wird, einwandfreies Material darüber beizubringen, in wie weit seitens der einzelnen Zechenverwaltungen den Arbeitern Gelegenheit geboten wird, ihren Bedarf an Lebensmitteln durch Vermittlung der Zechen zu decken. Es interessiert uns dabei vor allem die Frage, ob die Arbeiter mit Rücksicht auf eine etwa tatsächlich bestehende, von gewisser Seite ohne weiteres behauptete Lebensmittelnot in diesem Jahre in größerer Anzahl wie in den Vorjahren von den Vergütungen eines Lebensmittelbezuges durch die Zechen Gebrauch gemacht haben, und wie sich die Preise der betreffenden Lebensmittel zu den Vorjahren stellen.

Wir bitten Sie ergebenst, den anliegenden, in mehreren Exemplaren beigesetzten Fragebogen Nr. 1, der zum Zwecke der oben genannten Erhebungen aufgestellt wurde, untlücht bald auszufüllen und ihn uns dann zurückzugeben. Diejenigen Verwaltungen, welche Werksozialmannschaften besitzen, bitten wir auch den Fragebogen 2 entsprechend zu beantworten. Gegebenenfalls wird um eine Ergänzung der Fragebogen durch Aufgaben über andere, nicht genannte Lebensmittel gebeten. Weitere Exemplare der Fragebogen sind auf telephonischen Anruf unseres statistischen Bureaus erhältlich.

Glückauf!  
Die Geschäftsführung  
des Vereins für die bergbaulichen Interessen.  
von Loewenstein.

Der Zechenverband will also Material sammeln, um, wenn die Bergarbeiter mit Rücksicht auf die Teuerung Lohnforderungen stellen, sagen zu können, für die Bergarbeiter besteht keine Teuerung, weil die Gruben für billige Nahrungsmittel sorgen. In dem Fragebogen sollen beantwortet werden: In welchen Mengen durch die Vermittlung der Zechen Waren bezogen werden, zu welchem Preise diese an die Belegschaft im Kleinverkauf abgegeben und wieviel Arbeiter von der Einrichtung Gebrauch gemacht haben. Als wichtiges Nahrungsmittel sind in dem Fragebogen aufgeführt: Kartoffeln, Kappus, Äpfel, Zwiebeln, Margarine oder Butter, Suppenwürfel, Konserven und Fisch. Fleisch ist nicht aufgeführt, weil die Grubenherren es für selbstverständlich halten, daß die Bergarbeiter bei ihrem kargen Lohn solches nicht kaufen können. Schon allein durch die Tatsache, daß eine Reihe von Zechen versucht, für die Bergarbeiter durch Massenbezug billige Nahrungsmittel zu liefern, wird zugegeben, daß man einen Lohn an die Bergarbeiter zahlt, der es ihnen unmöglich macht, die im Kleinverkauf geforderten Preise für Lebensmittel zahlen zu können. Das ist eine Selbstanklage schlimmster Art. Die Sache hat aber auch noch einen anderen Haken. Durch das Liefern von Nahrungsmitteln kommen die Bergarbeiter bei den Gruben in die Kreide. Die Ware wird nämlich auf Borg verabreicht und bei der Lohnzahlung in Abrechnung gebracht. Es passiert dadurch Hunderten von Bergarbeitern, daß Lohn tag ist und sie kein Geld erhalten. Das sind unhaltbare Zustände. Die Bergarbeiter können unter allen Umständen einen Lohn verlangen, der ihnen ermöglicht, frei und unabhängig von der Zechen die zu ihrem Lebensunterhalt notwendigen Nahrungsmittel kaufen zu können. Um das Ziel zu erreichen, dazu rüsten die Bergarbeiter.

„Du bist ein Schaf“, sagte die Ältere dann, die besser Bescheid wußte. „Natürlich dachte er, du wollest ihn aufziehen.“

Gleich darauf beherrschte aber Emmerichs Stimme an anderer Stelle die Unterhaltung. Überhaupt ertönte sein Lachen bald hier, bald dort und er behandelte die fremden Gäste in einer Weise, als wären sie die ältesten Bekannten von ihm, aber er tat es immer liebenswürdig, so wie ein routinierter Musternabe, dem nichts mehr imponieren kann.

Seine tadellose Anmachung in Grad mit Sammettragen, das Ketten mit den Miniaturorden, die er sich in seiner Glanzzeit an kleinen Fürstentümern erlunnen hatte, gab ihm Bewegungssicherheit und das erhabene Gefühl des großen Mannes, der die Durchschneidenden schon mit einer Aarede beglückt. Er sprach einen Leutnant an, der sofort mehr Haltung annahm, denn er glaubte eine Größe vor sich zu sehen. Dann trat er auf den noch immer gelächelnden, erig nach schönen Frauen aussehenden Generalleutnant z. D. zu, der sich gerade mit dem schlanken, etwas jugenhaft aussehenden Konjul, dem Chef eines großen Bankhauses unterhielt, der auf seine knaetliche Würde ebensoviel gab, wie auf seine geistreiche Seidenweste mit blanken Knöpfen. Die Excellenz, bekannt als Schöngewitz, hatte sich eben vor der Tafel seiner mit einigen Worten erinnert, dann aber mit seiner Frage: „Was machen Sie jetzt Schönes?“ deutlich genug verraten, daß er ihn schon zu den Letzten gerechnet habe. Beide Herren sprachen sehr eifrig über Garzio, der augenblicklich alle Welt bezauberte, und besonders war es der Konjul, der ihn für das größte Gesangsphänomen aller Zeiten erklärte.

„Aber erlauben Sie mal, erlauben Sie mal,“ mischte sich Emmerich hinein.

Der Konjul blinnte ihn einige Augenblicke an, redete dann aber ruhig weiter, so in seiner impulsiven Art, wobei er auch die Hände gebrauchte. „So was gibt's nicht mehr und hat es nicht gegeben.“ Ignorante er weiter.

Der schöne Dedo lachte ihm gerade ins Gesicht hinein. „Anländer! Waschen Sie sich, blende Sie Sternschnuppen!“ unterbrach er ihn. „Gewiß, er kann was, er jongliert mit seinen Löwen, aber wo bleiben denn die anderen Großen, wie? Wo bleiben die Wagnerjäger, wo bleibt Wagner, wie? Können wir denn immer vor Italien

sterben? Blödsinn, Nachbeterer. Gesang ist nicht nur Stimme, sondern auch Kunst, hohe Kunst; nicht bloß Tongefunkel, nicht bloß Kassettenwerk. Ensemblekunst wollte der Meister haben, nicht Personenkultus.“

„Ja, aber Stimme wird doch da sein müssen“, erwiderte der Konjul in seiner kühlen Weise. Er begriff nicht recht, wie dieser ihm unbekante Herr ihn so ohne weiteres andröhnen konnte; trotzdem war er wohlgezogen genug, ihm mit Höflichkeit zu dienen.

Emmerich sah die klugen Augen und das überlegene Lächeln und ärgerte sich noch mehr, weil er die Bemerkung auch auf sich beziehen konnte. „Lassen Sie Garzio hinter der Szene sitzen, ohne daß man weiß, wer er ist“, schnauzte er fast. „Sie werden ja sehen, wie die Vegetation um fünfzig Prozent sinkt.“

Er hatte nicht nur für die beiden gesprochen, sondern auch für andere Herrschaften, die nun aufstanden; und als er bemerkte, daß er seinen Zweck erreicht habe, ließ er die beiden ruhig stehen und setzte seinen Rundgang fort.

Es lobte etwas in ihm: die Unruhe der abgetanen Größe, die nicht mehr nach Gebühr beachtet wird. Er sah es wohl: all diese Leute hier, hohe Beamte, Offiziere, Fabrikbesitzer und Künstler hatten ihn längst vergessen, falls sie ihn überhaupt jemals gekannt hatten; und wenn das der Fall gewesen war, so warfen sie ihn doch zum alten Eisen oder deckten seine letzte Gastspielblöße schweigend mit Milde zu.

Die Diener reichten auf silbernen Tabletten Kaffee und Cognac, Likör und Bier herum. Emmerich goß einen Henningst herunter, dann ging er zu einem andern Brett und setzte vor But noch einen zweiten darauf. Er wollte Stimmung haben, immer noch mehr Stimmung, um all diesen Groll zu dämpfen, der sich wieder ansammelte bei dem Gedanken, daß die, die ihm einst vorenthalten war, hier in diesem fürstlichen Reichthum lag, während er eigentlich von den Abfällen lebte. Seine üblen Instinkte, die aus niedriger Jugend her an ihm haften geblieben waren, kamen nie zur Ruhe. Eine gute Erziehung und die spätere verfeinerte Lebensweise hatten zwar diese Instinkte zurückgedrängt, aber sie schlummerten eigentlich nur, um sich nach einem jähen Erwachen immer wieder zu regen. Wenn er einen Blick um sich warf: welche Pracht von Möbeln, an teuersten Teppichen, an wertvollen Bildern und Bronzen! Und wenn er dies alles bedachte, so sah er ein, daß er keine Ansprüche werde verdoppeln, ja sogar ver-

dreifachen müssen, um so ziemlich auf derselben Höhe zu bleiben.

Nachdem er einen Einblick in das Geschäft bekommen hatte, sah er erst, was hier verdient wurde, wie das Geld zusammenlief, fühlte er erst, wie bescheiden er bisher gewesen war — dieser Frau gegenüber, die neulich in seinen Armen erzittert war. Er hatte es empfunden, er hatte es gesehen und hätte es beschwören mögen, so beiden mögen, wie sie damals schwur, als sie zu ihm gekommen war: „Ich habe dich geliebt und werde dich immer lieben.“

Es war zum Lachen, es war zum Brüllen. Und weil Dedo Emmerich wirklich etwas Lächerliches in dieser ganzen Komödie des Daseins sah, lachte er wirklich, und um munter zu bleiben, nahm er eins der Schälchen mit Mokka vom nächsten Dienerbrett und schluckte es auf einmal herunter.

„Nun, so stillvergnügt? Sie amüsierten sich, nicht wahr?“

Es war Frau Geheimrat Springer, die schon längst darauf gewartet hatte, einmal in die Vergangenheit zurückzugreifen, und es bedurfte auch nur weniger Worte, um sein Gedächtnis aufzurufen. Zuerst sah er sie allerdings etwas blede an, denn diese runden Fleckchen, aus denen die Worte stark asthmatisch hervorklachten, hatten das alte Bild längst verweicht; dann aber entlief er sich.

„Ja, ich lache, meine Gnädigste“, sagte er nach einem Händedruck. „Ich muß immer lachen, wenn ich daran denke, daß neben unserer herrlichen Gastgeberin so ein kleines Zbiotlein thron.“

„Aber werden Sie wohl —!“ Frau Springer sah ihn vorwurfsvoll an und warf dann einen besorgten Blick nach rechts und links. Schließlich aber zeigte sie ihre tadellos eingeleigten Zähne, denn diese blühende Offenheit schien ihr zu gefallen.

„Ja, es ist traurig, aber leider nicht zu ändern,“ holte sie die Worte mit Anstrengung hervor. „Sie hat eben Recht gehabt, die gute Ernestine, ganz unbedientes Pech. Sehen Sie nur den ältesten da drüben, wie kindisch er sich benimmt — bei den jungen Mädchen. Ich konnte es nicht mehr aushalten, er meckert mir zu sehr. . . Und Sie, unverbeßlicher Don Juan, Sie haben gleich den richtigen Weg gefunden. Reden Sie nicht, reden Sie nicht! Bei mir zieht so was doch nicht. Sie haben sie immer noch nicht ganz vergessen.“ (Fortsetzung folgt.)

## Der Raubkrieg.

Die Nachricht von der Einnahme der Stadt Tripolis hat sich nicht bestätigt. Die Kriegslage hat sich in den letzten Tagen nicht geändert. Das Gerücht von einer Beschießung der Stadt durch die Türken ist offenbar dadurch entstanden, daß eine türkische Batterie die italienischen Positionen aus nächster Nähe beschießen konnte, weil während der letzten Tage der Wüstenwind, der „Shibibi“ oder Samum Wolken von seinem heißen Sandstaub nach der Küste weht. Die Batterie soll durch die Granaten eines italienischen Panzerkreuzers zum Schweigen gebracht worden sein. Die Behauptung der Italiener, zwischen den Türken und den Arabern sei es zu Zwistigkeiten gekommen, ist vorläufig nicht nachzuweisen.

Die Italiener betreiben die Verstärkung ihres Expeditionskorps mit fieberhafter Eile. Solange die frischen Truppen nicht auf afrikanischem Boden sind, wird es kaum zu großen Kämpfen kommen, es sei denn, daß Türken und Araber sich zu einem umfassenden Vorstoß entschließen.

Inzwischen wollen die Gerichte von Aktionen der italienischen Flotte im Ägäischen Meer nicht verstummen, so wird von einer Bedrohung der Insel Chios durch italienische Panzerschiffe berichtet; diese Meldung ist bis jetzt aber nicht bestätigt worden.

Der König von Italien hat jetzt offiziell von Tripolis Besitz ergriffen. Er hat „verfügt“: „Tripolis und Cyrenaka werden voll und ganz unter die Oberhoheit des Königreichs Italien gestellt. Die endgültigen Bestimmungen für die Verwaltung der genannten Gebiete werden durch Gesetz festgelegt. Bis zur Verabschiedung dieses Gesetzes wird durch königliche Erlasse regiert werden. Vorstehende Verfügung wird dem Parlament unterbreitet, um Gesetz zu werden.“

Hier werden die Türken wohl auch noch ein sehr ernstes Wort mitreden.

Das türkische Kriegsministerium veröffentlicht folgende Depesche des Kommandanten von Tripolis vom 31. Oktober: Eine türkische Abteilung Freiwilliger machte in der Nacht vom 28. zum 29. Oktober einen Angriff auf die Italiener in Homs. Die Italiener hatten 105 Tote, die Türken 7 Tote und etwa 40 Verwundete. Die Freiwilligen konnten den Angriff wegen des Feuers der italienischen Kriegsschiffe auf die Küste nicht fortsetzen.

## Die Revolution in China.

Die Nationalversammlung unterbreitete dem Thron eine Bestimmung, welche sie als notwendige Grundlage für die Konstitution ansieht. Der Thron nahm die Bedingungen sofort an, welche lauten: Die Tsching-Dynastie regiert für immer. Die Person des Kaisers soll unverletzlich sein. Die Macht des Kaisers wird beschränkt durch die Konstitution. Die Ordnung der Thronfolge wird in der Konstitution vorgeschrieben. Die Konstitution wird entworfen und angenommen durch die Nationalversammlung, veröffentlicht wird sie durch den Kaiser. Das Recht, die Verfassung zu ändern, steht dem Parlament zu. Die Mitglieder des Oberhauses sollen durch das Volk gewählt werden. Aus denjenigen, die für dieses Amt besonders geeignet sind, soll das Parlament den Ministerpräsidenten wählen, der Kaiser soll ihn ernennen. Der Ministerpräsident schlägt die übrigen Mitglieder des Kabinetts vor. Diese werden ebenfalls vom Kaiser ernannt. Die kaiserlichen Prinzen sollen nicht in das Kabinett oder als oberste Verwaltungsbeamte in den Provinzen gewählt werden. Wenn der Ministerpräsident durch das Parlament in der Regierung gehindert wird und dieses nicht auflöst, muß er demissionieren, aber ein Kabinett soll das Parlament nicht mehr als einmal auflösen dürfen. Der Kaiser soll den direkten Befehl über das Heer und die Flotte übernehmen, aber wenn diese Machtmittel in inneren Angelegenheiten gebraucht werden, muß er besondere Bedingungen, über die das Parlament entscheidet, beobachten, andernfalls ist er an der Ausübung solcher Machtbefugnisse verhindert. Kaiserliche Edikte können das Gesetz nicht ersetzen, außer im Falle der unmittelbaren Notwendigkeit. In einem solchen Falle können Edikte in Form eines Gesetzes in Übereinstimmung mit den besonderen Bedingungen erlassen werden. Internationale Verträge sollen nicht ohne Zustimmung des Parlaments geschlossen werden, jedoch kann eine Kriegserklärung oder der Friedensschluß vom Kaiser vorgenommen werden, wenn das Parlament nicht tagt. Die Zustimmung des Parlaments muß später eingeholt werden. Anordnungen über die Verwaltung sollen durch das Parlament beschlossen werden. Im Falle, daß das Budget die Zustimmung des Parlaments nicht erlangt, kann die Regierung nicht auf Grund des Budgets des Vorjahres die Geschäfte führen, ebenso dürfen Ausgaben, die im Budget nicht vorgesehen sind, nicht nachträglich gemacht werden. Ferner ist es der Regierung nicht gestattet, außerordentliche finanzielle Maßnahmen außerhalb des Etats zu treffen. Das Parlament hat die Höhe der Ausgaben des kaiserlichen Hauses und jede Vermehrung oder Verminderung derselben festzusetzen. Die Entscheidungen des Parlaments sollen durch den Kaiser veröffentlicht werden. Die Nationalversammlung übt ihre Tätigkeit bis zur Eröffnung des Parlaments aus.

Wie man aus diesen Grundzügen sieht, werden die Chinesen eine weit freiere Verfassung bekommen, als sie das europäische Reich der Mitte, Deutschland, besitzt. In China wird die Volksvertretung die erste Macht im Staate sein, in Deutschland ist sie — nun eben der Reichstag und sonst nichts!

### Die Einnahme von Schanghai.

Aus Schanghai wird gemeldet: Die Chinesenstadt von Schanghai und das dicht außerhalb gelegene Arsenal von Kiangnan sind fast ohne Schwerförmigkeit in die Hände der Rebellen gefallen. Gegen 4 Uhr versammelten sich

etwa 1000 Rebellen, benutzten eine weiße Fahne vorangetragen wurde, in der Nähe des Arsenals. Die Polizei legte alsbald weiße Binden an, als Zeichen, daß sie mit den Rebellen gemeinsame Sache machen wollte. Die 1500 Mann starke Garnison des Arsenals ging ohne weiteres zu den Rebellen über, blieb aber im Arsenal zurück, als ein großer Zug sich nach dem Samen des Taotai bewegte. Um das „Gesicht nicht ganz zu verlieren“, ließ der Taotai seine Leibwache eine Salve auf die Massen abgeben, die indessen keinen Schaden angerichtet zu haben scheint. Nachdem der Taotai und sein Stab sich in die Europäerstadt geflüchtet hatten, brannten die Rebellen den Samen nieder, trugen dabei aber große Sorgfalt, das Feuer nicht auf andere Gebäude um sich greifen zu lassen. Auch das Gerichtsgebäude, in dem dicht an die ausländischen Niederlassungen grenzenden Distrikt Tschapei wurde niedergebrannt. Die ausländischen Freiwilligenkorps besetzten die Grenze zwischen der Chinesenstadt und der Europäerstadt. Einige ausländische Kriegsschiffe landeten Matrosen, um ihnen beizustehen. Spät abends wurden die fremden Konsuln benachrichtigt, daß die militärische Regierung des chinesischen Volkes sich im Interesse der öffentlichen Sicherheit veranlaßt gesehen habe, von der Chinesenstadt und dem Arsenal Besitz zu ergreifen. Die Engländer sind die ersten gewesen, die in China die Neutralität gebrochen haben, wenn das auch durch die Gründe wohl gerechtfertigt gewesen sein mag. Die britischen Freiwilligen besetzten den außerhalb der Konzession belegenen Bahnhof der Schanghai-Nanking-Bahn.

Der „Central News“ wird aus Schanghai telegraphiert: Die Wulungforts hielten Sonnabend morgen um 5 Uhr die weiße Fahne und gingen ohne Widerstand zu den Rebellen über. Wie nunmehr bekannt wird, existierte seit zwei Monaten ein Abkommen zwischen dem Kommandeur der Forts und den Aufständischen hierüber.

Das Reutersche Bureau meldet aus Hankar unter dem 2. November über Wuhu: Die Feuersbrunst, die die Geschosse der Batterien der kaiserlichen Truppen verurteilt haben, wird getilgt von dem heftigen Wind; sie hat sich schnell in der Richtung auf Hanyang verbreitet, das auch von den Flammen ergriffen ist. Der Hauptstern der Feuersbrunst hat eine Front von einer englischen Meile. Wenig hundert Aufständische halten die Stadtteile besetzt, die noch nicht vom Feuer ergriffen sind ausgenommen die nordwestliche Ecke, wo die kaiserlichen Truppen zu einem Vorstoß bereit sind. Es wird befürchtet, daß die Wesleyanische Mission zerstört wird. In den Gebäuden der Mission gehört auch eine Schule für 50 blinde Knaben, in der 150 Verwundete untergebracht sind. Der Vorstand der Anstalt hat den kaiserlichen Befehlshaber, das Bombardement während des Abzuges der Knaben und Verwundeten und des Personal einzustellen. Der Kommandant bewilligte einen Waffenstillstand von 11 bis 1 Uhr, stellte jedoch das Feuer nur von 12 bis 12 1/2 Uhr ein. Der Versuch eines Dampfers des Roten Kreuzes, die Bewohner der Anstalt zu retten, wurde verhindert durch das Feuer der Batterien der Aufständischen in Hanyang. Das Deckhaus des Dampfers wurde durchlöchert. Die chinesische Mannschaft ließ ihren Posten im Stich und überließ es den Fremden an Bord, das Schiff weiter zu führen. Es wurde aber bald unmöglich, bis zur Mission vorgudringen. Als das Boot umkehrte, standen die Gebäude zwar noch, die Lage ist aber anscheinend hoffnungslos.

## Aus der Partei.

**Die Stadtverordnetenwahlen in Charlottenburg.** Bei den gestrigen Stadtverordnetenwahlen hatte die Sozialdemokratie zwei Bezirke zu verteidigen. Davon ging ein Bezirk verloren, fünf weitere Bezirke hat die Sozialdemokratie gewonnen. Gewählt wurden die Genossen Emil Stulch, Hermann Baade, Rüd. Dr. Borchardt, Paul Pirich und Herm. Baade (doppelt gewählt).

**Straffkonto der Parteipresse.** Der frühere Verantwortliche der „Vorkämpfer“, Genosse Rabold-Waldenburg, soll die Richter des Kriegsgerichts der 19. Division in Hannover beleidigt haben. Die Beleidigung wurde gefunden in der Kritik eines Urteils des Militärgerichts, das einen Ulman-Ergenanten wegen roher Soldatenmishandlung zu nur sieben Wochen Gefängnis verurteilte. In der Gegenüberstellung von Urteilen gegen Vorgelegte und Gemeine erblickten die Kriegsgerichts-Besitzer eine Herabwürdigung ihrer richterlichen Tätigkeit. Die Breslauer Strafkammer sah darin sogar den Vorwurf der Parteilichkeit, wodurch das Vertrauen zur Justiz, das höchste Gut des deutschen Volkes, schwer erschüttert werden kann. Der Staatsanwalt wollte die Herabwürdigung des Kriegsgerichts mit drei Monaten Gefängnis geahndet wissen, obwohl Genosse Rabold erst einmal mit einer geringen Geldstrafe vorbestraft ist. Das Gericht trug dem Umstand, daß Rabold unerheblich vorbestraft ist, Rechnung und erkannte auf 300 Mark Geldstrafe. Im zweiten Fall soll Rabold die Waldenburger Polizei, ein Duzend Gendarmen und den Gendarmerie-Kommandeur beleidigt haben. Aus Anlaß des Straßenbahnstreiks in Waldenburg kritisierte die „Vorkämpfer“ das Auftreten der Gendarmerie, die von einem Gastwirt wegen Anstammung von Menschenmengen die sofortige Schließung des Lokals verlangte. Am Schlusse des Urteils hieß es, daß alles ruhig verlaufen wäre, wenn die Polizei nicht dagewesen wäre. Hierin und in dem Vorwurf, daß die Polizei „nervös“ gemordet sei, erblickte die Breslauer 1. Strafkammer die Absicht der Beleidigung und verurteilte Rabold zu 30 Mark Geldstrafe. Der Staatsanwalt hatte 200 Mark beantragt.

## Bewerkschaftsbewegung.

**Unternehmer-Rache und Unternehmer-Ehrenwort.** Bei der diesjährigen Aussperrung der Leipziger Metallarbeiter betätigte sich u. a. die Leipziger Werkzeugmaschinenfabrik A. G. in rücksichtslosster Weise. Sie warf nicht nur dem Beschluß des Industriellenverbandes entsprechend, sofort 60 Proz. ihrer Arbeiter auf Pfahle, sondern suchte dabei auch die ältesten und am längsten im Betriebe Beschäftigten aus. Als die übrigen 40 Proz. diesen Streich mit der Niederlegung der Arbeit beamtworteten, gründete nun die Firma, um derartigen „unliebsamen Vorkommnissen“ zu begegnen, mit dem kleinen Häuflein stehengebliebener oder sonst ergatterter Arbeitswilliger einen goldenen Wertverein. Als dann die Aussperrung beendet war und die Unternehmer

sich verpflichtet hatten, keine Maßregelungen und auch keine Verschlechterungen im Arbeitsverhältnis vorzunehmen, nahmen auch die Arbeiter der Leipziger Werkzeugmaschinenfabrik die Arbeit wieder auf. Doch das Vertrauen auf ein Unternehmerswort wurde arg enttäuscht. Die Firma hielt entgegen ihrem schriftlichen Versprechen eine Auslese unter den Ausgesperrten und sperrte namentlich Mitglieder des Arbeiters-ausschusses und Verbandsvertrauensleute weiter aus. Dann preßte sie mit der Drohung, jeden sich weigernden zu entlassen, die wieder aufgenommenen Arbeiter in den gelben Wertverein und zwang sie ferner zum Austritt aus der Organisation, dem Deutschen Metallarbeiterverband. Dann dekretierte die Firma den Wegfall der Frühstücks- und Vesperpaule und versuchte, den Arbeitern die vierwöchentliche Kündigungsfrist aufzuwängen, alles Dinge, die natürlich im schroffen Widerspruch zu den schriftlich gegebenen Versprechungen standen.

**Zur Tabakarbeiteraussperrung.** Der Vorstand des westfälischen Zigarrenfabrikantenverbandes, der seine Einigungsvorschläge zu den ihm am 18. Oktober unterbreiteten Einigungsvorschlägen davon abhängig machte, daß erst die unter Nichtinnehaltung der Kündigungsfrist ausständigen Arbeiter sich zur Wiederaufnahme der Arbeit melden, resp. die Arbeit aufnehmen sollten, hat der Neuerkommission die Mitteilung zugehen lassen, daß er auf diese Arbeitseinstellung keinen Wert mehr lege. Hierauf hat auch die Neuerkommission die gleiche Erklärung dem westfälischen Zigarrenfabrikantenverband zugehen lassen mit der bestimmten Anfrage begleitet, ob — angesichts dieser beiderseitigen Erklärungen — der Vorstand des westfälischen Zigarrenfabrikantenverbandes nunmehr geneigt sei, zu den überreichten Einigungsvorschlägen Stellung zu nehmen. Die Antwort hierauf ist der befragte Vorstand schuldig geblieben. Die Zahl der Ausgesperrten beträgt zurzeit in Westfalen und Lippe nahezu 10 000, darunter mehr als 4000 weibliche Mitglieder. Die bei den im westfälischen Zigarrenfabrikantenverband organisierten Firmen in Hamburg-Altona und Bremen und Magdeburg beschäftigten organisierten Arbeiter legten ebenfalls die Arbeit nieder, weil ihnen zugemutet wurde, Streikarbeit zu verrichten und weil sie nicht gewillt waren, ihren Mitarbeitern in Westfalen in den Rücken zu fallen. Die Zahl der Ausständigen beträgt in diesen Industriegebieten 2500, darunter nahezu 1000 Tabakarbeiterinnen. Insgesamt stehen 12 500 Tabakarbeiter, darunter 5000 Arbeiterinnen, im Auslande. Wie nun bestimmt verlautet, werden alle übrigen Zigarrenfabrikanten, die den Arbeitgeberverbänden Hamburg-Altona, Bremen und Umgebung und Blumenthal-Burgdam angehören, ihre organisierten Arbeiter aussperrten, wenn die ausständigen Tabakarbeiter ihre Arbeit nicht wieder aufnehmen. Die Ausständigen lehnen es ab, dieser Forderung zu entsprechen, sodaß die Zahl der Ausständigen und Ausgesperrten, wenn diese Androhung zur Tat werden sollte, um mehrere Tausend sich vermehren wird. Der Plan der Tabakarindustriellen, die Tabakarbeiter niederzujammern, wird nicht gelingen. Alle Maßnahmen der Tabakarindustriellen werden die Engherzigkeit der Tabakarbeiter nicht ins Wanken bringen. Vor Zuzug nach dem westfälisch-lippischen Industriegebiet, Hamburg-Altona, Bremen und Umgebung wird strenge gewarnt, auch gewarnt, für diese Betriebe Arbeit anzunehmen. Zigarrenarbeiter, Zigarrensortierer, Wacker, Bekleber und Fertigmacher aller Orte, übt Solidarität! Die Namen der Fabrikanten, die den Arbeitgeberverbänden angehören und aussperrten, werden in den nächsten Tagen bekannt gegeben.

**Der Streik der Chemnitzer Kartonarbeiter** ist beendet. Durch Verhandlungen wurde ein Tarif auf drei Jahre vereinbart, der eine Verfürzung der Arbeitszeit um wöchentlich eine Stunde, geregelte Anfangslöhne und Zuschläge für Überstunden bringt. Die Wiedereinstellung der Streikenden läßt hier noch zu wünschen übrig, besonders die der Zuschneider. Es werden deshalb alle Buchbinder, Kartonzuschneider und Kartonarbeiter gebeten, bis auf weiteres Chemnitz zu meiden.

## Soziales.

**Versicherungsgesetz für Angestellte.** (Sitzung vom Freitag, 3. November.) Zur Erörterung kam in heutiger Sitzung zunächst die Organisation der Schiedsgerichte. Von unseren Genossen wurde beantragt, die Schiedsgerichte den Oberversicherungsämtern, die nach der Reichsversicherungsordnung geschaffen werden, anzugliedern, aber für die Angestellten eine besondere Kammer vorzulegen, die aus den Kreisen der Angestellten gewählte Beisitzer zuzieht. Die Vorlage will besondere Schiedsgerichte für diesen Zweig der Versicherung und auch eine besondere letzte Instanz, das Oberschiedsgericht, das unsere Genossen durch das Reichsversicherungsamt ersetzen wollen. Die Änderung, die unsere Genossen beantragen, bezweckt, das Verfahren zu erleichtern und die Zersplitterung im Instanzenweg zu vermeiden. Vor allem aber soll vermieden werden, daß in beiden Versicherungen widersprechende Entscheidungen gefällt werden. — Der Staatssekretär Delbrück trat sehr entschieden dem Antrage entgegen; er will nicht auf neue das Reichsversicherungsamt belasten und glaubt, daß die Angliederung an die Oberversicherungsämter größere Kosten verursache, als die eigenen Schiedsgerichte für die Angestelltenversicherung. Demgegenüber hoben unsere Genossen hervor, daß von einer Überlastung des Reichsversicherungsamts nicht die Rede sein könne, da die Reichsversicherungsordnung sehr erhebliche Erleichterungen eingeführt hat, insbesondere durch Ausschluß des Rekurses bei Unfallsachen. Der Standpunkt unserer Genossen wurde auch von der freien Volkspartei geteilt. Das Zentrum, das in einer früheren Sitzung dem Standpunkt unserer Parteifreunde zustimmte, ließ durch Trimborn erklären, daß man heute noch die gleiche Auffassung habe; da aber die Regierung dem sozialdemokratischen Antrage entschieden widersprochen habe, so wolle man das Zustandekommen des Gesetzes nicht in Frage stellen. Man werde sich deshalb der Abstimmung vorläufig enthalten, um eine endgültige Stellungnahme erst nach den Beschlüssen der Fraktion einzunehmen. — Dieser Umstand des Zentrums führte zur Ablehnung des sozialdemokratischen Antrages, gegen den geschlossen die Konservativen und die Nationalliberalen stimmten. — Zu § 208 wurde ein Antrag unserer Genossen angenommen, der im wesentlichen bezweckt, Streitigkeiten darüber, ob der Versicherte der Reichsversicherungsordnung oder dem Versicherungsgesetz für Angestellte unterworfen ist, so zu regeln, daß die zuerst angerufene Instanz, sei es die der Reichsversicherungsordnung, oder der Versicherung für Angestellte, die präjudizierende Entscheidung fällt. Im § 255 wurde ein Antrag unserer Genossen und des Abgeordneten Raab angenommen, der die Zulassung von Sekretären der Berufsvereine vor den Rentenausschüssen erleichtert. Eine Anzahl anderer Paragrafen wurde ohne Änderung angenommen, sodaß für die nächste Sitzung am Sonnabend nur noch die Frage der Erbschaften in erster Lesung zur Entscheidung steht. Die bürgerlichen Parteien haben in den letzten Tagen über diese Frage und auch einige anderen dieses Gesetzes Beratungen gepflogen, um möglichst geschlossen eine Stellung in der Kommission, eventuell auch im Plenum des Reichstages, zu der Angestelltenversicherung einnehmen zu können.

**Vertraute Hilfskassen.** Zwei private Hilfskassen auf einmal sind in Köln von dem Schicksal so mancher dieser Pflanzpflanzen ereilt worden. Zunächst die „Securitas“, Allgemeine Krankenversicherungsanstalt, G. D. 93, in Köln, die sich durch Beschluß der Generalversammlung freiwillig aufgelöst hat. Forderungen sind bis 1. Dezember schriftlich bei dem Liquidator Schmitz, Köln, Pfälzerstr. 15, geltend zu machen. — Weiter steht die ebenfalls in Köln ansässige „Germania“, Deutsche Krankenversicherung G. D. zu Köln vor dem Tode. In einem uns vorliegenden Schreiben an ein Mitglied erklärt die Direktion, daß es „a. B. unmöglich“ sei, die Rechnung des Arztes, die sich auf kaum 30 Mk. beläuft, zu bezahlen, „da momentan der Kasse hierfür jede Mittel fehlen.“ Die Kasse werde aller Voraussicht nach zur Liquidation schreiten müssen. Die Direktion sei daran nicht schuld, denn sie habe mit „nur“ 28,5 Proz. Verwaltungskosten gearbeitet, während andere Kassen durchweg (1) mit 70—95 Prozent Verwaltungskosten arbeiteten. Die Direktion der „Germania“ kann das ja wissen. Wie lange noch finden sich Dumme, die ihr sauer verdientes Geld solchen Kassen zu tragen?

### Aus dem Gerichtssaal.

**Der Herr Ingenieur.** Im August dieses Jahres wurde in Posen beim Bau der Wasserleitung der Arbeiter Sobkowiak von dem Ingenieur Klettner erschossen, weil er diesen angeblich bedroht haben soll. Da bei dem traurigen Vorgang auch noch andere Arbeiter beteiligt waren, hatte dieser ein Nachspiel vor dem Schöffengericht in Posen. Angeklagt war aber nicht der Ingenieur Klettner, sondern zwei Arbeiter, die den schicksalhaften Ingenieur angeblich bedroht haben sollten. Die beiden Angeklagten Dörmel und Trzaski, der erschossene Sobkowiak und noch 16 andere Arbeiter hatten wegen schlechter Behandlung durch einen Aufseher die Arbeit niedergelegt. Als sie ihren Lohn abholen wollten, wurde dieser ihnen nicht ausgehändigt, weil sie zu spät gekommen waren. Der Erschossene und die beiden Angeklagten, die einen weiten Weg nach ihrer Wohnung hatten und den Weg noch einmal machen sollten, gerieten deshalb in heftige Erregung, wobei sie den Ingenieur mit einer Schaufel bedroht und auch einen Schlag über den Arm versetzt haben sollen. Sobkowiak soll dann noch zu einem Schläge gegen den Ingenieur ausgeholt haben, worauf dieser seinen Revolver zog und S. über den Rücken schoß. Obwohl beide Angeklagte auf das Bestimmteste bestritten, gegen den Ingenieur tötlich geworden zu sein, vielmehr sich nur gegen den Hund desselben zur Wehr gesetzt haben wollen, erfolgte dennoch ihre Verurteilung wegen Erpressung respektive Bedrohung zu 30 Mk. Geldstrafe beziehungsweise einem Monat Gefängnis. Gegen den Ingenieur ist bis jetzt noch keine Anklage wegen Erschießung eines Menschen erhoben worden.

**Dreimal zum Tode verurteilt.** Das Schwurgericht in Beuthen (Oberschlesien) verurteilte den früheren Monteur Valerius wegen dreifachen Mordes dreimal zum Tode, ferner zu 15 Jahren Zuchthaus und dauerndem Verlust der Valerius war Speisegeselle der Kowollischen Mordbrennerbande, auf deren Konto die Mordtaten gegen den Schatzmann Gehlens-Laurahütte, Gendarm Brück-Laurahütte und Schlosser Kopitsch-Poschstadt zu setzen sind. ferner der Überfall auf den Pfarrer Wiala in Bieleh, dem 2000 Gulden geraubt wurden. Kowoll selbst ist am 9. April in Kobberg bei Beuthen, als er sich seiner Gefangennahme widersetzte, erschossen worden.

**Ein vorbildlicher Chemann** stand in der Person des Anton Weizmann, früheren Wirts in Stuttgart, vor der Strafkammer in Stuttgart. Der Angeklagte hatte mit seinem Dienstmädchen intimen Verkehr unterhalten, der nicht ohne Folgen geblieben war. Um nun einer drohenden Verurteilung wegen Unkeuschheit zu entgehen, stiftete er das Mädchen unter Drohung zum Meineid an, worauf das Mädchen vom Schwurgericht im Mai wegen Meineids unter Jubilierung eines Widerstandsgrundes zu der Mindeststrafe von 6 Monaten Gefängnis, Weizmann hingegen wegen Anstiftung dazu zu 1 Jahr 2 Monaten Zuchthaus verurteilt wurde. Infolge des ehreberischen Verkehrs gab es unter den Eheleuten natürlich Streitigkeiten. Nun zeigte sich Weizmann der Ehefrau gegenüber von einer weniger liebenswürdigen Seite. Er schlug sie fortgesetzt, bedrohte sie mit einem Messer, schlug ihr mit einem Schirm ein heißes Loch in den Kopf, schleuderte sie eine siebenstellige Steintreppe hinunter, so daß die Gefahr bestand, sie werde sich einen Schädel- oder Genickbruch zuziehen, und bearbeitete Schenkel und Unterleib mit Fuhrstritten. Auf Grund dieser gerichtlichen Feststellungen hatte das Schöffengericht den Rohling zu 4 Monaten 15 Tagen Gefängnis respektive einer Zusatzstrafe von 3 Monaten Zuchthaus verurteilt. Seine gegen die Höhe des Strafmaßes eingelegte Berufung wurde von der Strafkammer jedoch verworfen.

### Aus Nah und Fern.

**Kulturbarbarei.** Am Freitag vormittag wurde bekanntlich in Frankfurt a. d. Oder der Wörder des Briefträgers David in Fibertich, der Baugewerkschüler Schmidt, hingerichtet. Bei der Exekution ereignete sich wieder einer jener Vorfälle, die die ganze entsetzliche Barbarei der Todesstrafe enthüllen. Schmidt versuchte nämlich, sich die Pulskugeln aufzubeißen. Da er infolge dieser Anstrengungen für einige Zeit betäubungsfähig wurde, so verzögerte sich der Hingangsakt. Denn selbstverständlich durfte man unter solchen Umständen die Hingangsrichtung nicht vornehmen. Soll doch der Securiteits bei voller Besinnung seine Strafe empfangen. So will es nämlich das „Recht“ des Jahrhunderts der „Humanität“!

**Die ganze Eskadron bestraft.** Man schreibt der Frankfurter „Kleinen Presse“: „Im Dezember vorigen Jahres sind vier Leute des Panauer Ulanenregiments durch kriegsgerichtliches Urteil wegen Körperverletzung zu längeren Freiheitsstrafen verurteilt worden. Damals wurde die Mißhandlung dadurch hervorgerufen, daß die ganze Eskadron wegen eines pflichtvergessenen Kameraden leiden mußte. Leider greift man, trotz jener schlimmen Erfahrung, schon wieder zu dieser gefährlichen Erziehungsmaßregel der Massenbestrafung in folgendem Falle: Auf unaufgeklärte Art ist einem Mann der 3. Eskadron der Dienst wegen abhanden gekommen. Es ist begreiflich, daß alles aufgegeben werden muß, um das Verschwinden einer Dienstwaffe zu verhindern. Aber eine Massenbestrafung in einem Verfahren wider Unbekannt ist gleichwohl höchst bedenklich. Rittmeister Fouanet bestrafte die ganze dritte Eskadron mit Kasernen-Arrest bis auf weiteres, und abends ist statt Freiheit von acht bis neun Uhr Unterricht. Kein Mann der dritten Eskadron darf außerhalb der Kaserne verlassen, und diese Ulanen sitzen nun wie Gefangene hinter vier Mauern, ohne etwas verbochen zu haben. Es ist unaussprechlich, daß die unrecht leidenden Leute durch diese Bestrafung zu Tätllichkeiten gegen den Urheber des Diebstahls aufgereizt werden. Kommt es aber dazu, daß er ausfindig gemacht wird, und daß seine Kameraden tätliche Rache an ihm nehmen, so fallen die bisher unschuldigen Leute in schwere kriegsgerichtliche Strafen. Die Vorgesetzten sollten diese Wirkung der Massenbestrafungen nicht außer acht lassen und nur den Schuldigen strafen, damit nicht wieder ein Unglück angerichtet wird.“

**Ein Zusammenstoß zwischen Räubern und Geheimpolizisten** fand in Lodz statt. Drei bisher unbekannt Männer verurteilten einen ihnen auf der Straße begegnenden Geheimpolizisten und stießen darauf, Schüsse abfeuernd, in ein Haus, das sie verbarrikadierten. Sechs Passanten wurden von ihnen verwundet. Vom Hause aus unternahm man ein Feuergefecht, das den ganzen Tag andauerte. Die Polizei umzingelte das Haus. Nach 40stündiger Umzingelung gelang es schließlich, in das Haus einzudringen. Einer der Verbrecher wurde tot auf dem Dachboden aufgefunden. Er hatte mehrere schwere Verletzungen erlitten und hielt noch im Tode Mauser und Browningpistole in den Händen.

**Schwerer Unfall bei einem Leichenbegängnis.** Bei dem Leichenbegängnis eines verunglückten Bergarbeiters in Demberg kam es zu furchtbaren Schreckensszenen. Das Pferd eines Wagens wurde plötzlich scheu und rannte zwischen die Trauergäste. Diese fielen unter furchtbaren Schreien auseinander. Eine Frau wurde niedergeworfen und erhielt mehrere heftige Fußschläge auf den Kopf, so daß sie in kurzer Zeit verschied. 14 andere Personen sind teils schwerer, teils leichter verletzt.

**Die Liebe.** Der Stellvertreter des Steuereintnehmers vom Departement Magenne namens Fouquet hat Frau und Kind erschossen und ist mit 120 000 Francs Staatsgeldern entflohen. Man vermutet, daß die leidenschaftliche Liebe zu einer Pariserin das Motiv des Verbrechens ist.

**Senkerschnitte.** Nach der Niederwerfung der Revolution in Livland galt es als eine Spezialität der russischen Senkerschnitte, gefangene Revolutionäre auf dem Transport nach dem Gefängnis zu erschießen. Um nicht des feigen Mordes angeklagt zu werden, gaben die den Transport begleitenden Offiziere auf der Landstraße den Befehl, die Gefangenen in Freiheit zu setzen. Kaum hatten die scheinbar freigelassenen sich einige Schritte entfernt, so wurden sie durch Schüsse in den Rücken niedergeschlagen. Diese unmenschliche Barbarei scheint unter den italienischen Truppen in Tripolis Anklang gefunden zu haben. Wie der Korrespondent der „Central News“ aus Tripolis berichtet, wurden dort drei Araber, zwei Greise und ein junger Mann, als Gefangene in das italienische Lager gebracht. Hier erwarteten sie resigniert das gleiche Schicksal wie das ihrer früher hingerichteten Genossen. Die Italiener begannen damit, daß sie die drei Araber mit Fausthieben traktierten. Dann erklärten sie ihnen, sie seien frei. Die drei machten sich auf den Weg, um das italienische Lager zu verlassen. Kaum hatten sie einige Schritte zurückgelegt, als sechs Soldaten, die hinter ihnen postiert worden waren, eine Gewehrsalve auf sie abgaben. — Selbstverständlich konnten diese Greuelthaten nur begangen werden auf Befehl höherer Offiziere. Wenn schon nach so kurzer Zeit der Kriegführung solche Barbareien an der Tagesordnung sind, in welche moralische Verfassung muß eine Armee geraten, wenn erst durch Gewöhnung an das Morden, durch Entbehren aller Art die Truppen erbittert sind? Nur eine Parole kann es gegenüber solchen Grausamkeiten geben: Nieder mit den menschenmordenden, völkerverhetzenden Kriegen!

### Genossenschaftsbewegung.

**Der Verein für Sozialpolitik und die Konsumvereine.** Bereits 1899 hat sich der Verein für Sozialpolitik auf seiner Tagung in Breslau anlässlich der Erörterungen über die Entwicklungsbedingungen im Kleinhandel nebenbei mit dem Konsumvereinswesen befaßt. Jetzt steht eine eingehende Untersuchung in Aussicht. Der Tübinger Professor der Nationalökonomie, Robert Wilbrandt, hat bereits vor längerer Zeit den Antrag gestellt, über die Konsumvereine eine umfassende Untersuchung anzustellen. Der Antrag war damals vertagt worden, da eine Reihe anderer Aufgaben bereits fest in Aussicht genommen war. Jetzt hat der Antragsteller ihn in folgender Form von neuem eingebracht: Der Verein für Sozialpolitik wolle die Organisation des Konsums (Konsumgenossenschaftsbewegung) zum Gegen-

stande seiner nächsten Untersuchungen machen und auf die Tagesordnung seiner nächsten Generalversammlung setzen.

**Begründung.** Die Konsumgenossenschaftsbewegung ist bisher vom Vereine für Sozialpolitik nicht behandelt worden. Das entspricht der geringen Schätzung, die diese Bewegung in Deutschland erfahren hat. Es entspricht aber nicht der Bedeutung der Sache; diese wird noch wenig gewürdigt, sollte aber gerade von der Wissenschaft erkannt und in der Öffentlichkeit bekanntgemacht werden.

In einer Antragsbegründung ist nicht Raum, die Auffassung des Antragstellers eingehend darzulegen; nur so viel kann gesagt werden: dem Antrage liegt die Überzeugung zugrunde, daß es sich um den Fortschritt der Sozialpolitik handelt. Durchgeführt und ausgedehnt, wie es nach den vorliegenden Umständen und inneren Möglichkeiten für die Zukunft denkbar ist, würde diese Organisation die heute nur eingeschränkt anwendbare Sozialpolitik auf ein solches Fundament stellen, ja deren Ziele grotzenteils selbst erreichen, namentlich im Zusammenwirken mit ihrer Ergänzung, den Berufsvereinen. Neben dieser, allerdings nur allmählich realisierbaren sozialpolitischen Bedeutung der Sache steht ihre volkswirtschaftliche und internationale; davon sei hier jedoch ganz abgesehen.

Gerade bei dieser Bewegung bedarf es keiner andern Förderung so dringend als nur die Aufklärung in der Öffentlichkeit; gerade die Wissenschaft ist daher berufen, in diesem Falle das für die Praxis Wichtigste zu leisten. Ein Dienst, der um so nötiger ist, als die Sonderinteressen des Kleinverbrauchs in der öffentlichen Meinung die Sache zu verdrängen und durch Staatseingriffe zu hemmen mit Erfolg bemüht sind.

Der Zeitpunkt für das Eingreifen der Wissenschaft ist gerade jetzt günstig. Das Selbstinteresse aller Konsumenten mittleren und geringen Einkommens ist in dieser Zeit der Teuerung aufs lebhafteste angeregt; es kann gerade jetzt um so wirksamer einer zugleich sozialpolitisch grundlegenden Organisation des Konsums vorgespannt werden.

Dazu kommt, daß der Verein für Sozialpolitik das Thema schon angeknüpft hat durch seine Untersuchung der Preise; dieses Thema, durch die Teuerung auch von praktischem Interesse, kann sozialpolitisch gar nicht anders als mit Aufgabe von wirksamen Abhilfsmitteln besprochen werden: die Konsumvereine sind daher unausgesprochen ohnehin auf der Tagesordnung.

Die Organisation des Konsums ausdrücklich auf die Tagesordnung zu setzen und durch Untersuchungen zu klären, ist um so mehr angezeigt; dieses sich an die Preise anschließende Thema wird dann nicht nur oberflächlich gestreift, sondern seiner Bedeutung entsprechend in eine wohlüberreite Debatte geleitet.

Für diese Zwecke wäre eine Kommission einzusetzen, die ihrerseits die Mitwirkung von Praktikern des In- und Auslandes zu gewinnen hätte.

Der Antragsteller selbst ist während dieses Winters durch eine Weltreise an tätiger Mitarbeit verhindert, hat aber in seinem Seminar bereits einige Arbeiten angeregt, von denen als besonders wichtig die Untersuchung der von englischen Konsumvereinen betriebenen eignen Landwirtschaft hervorzuheben sei.

Eine Reihe von Untersuchungen, namentlich auf internationale Verhältnisse, würde erst vom Vereine für Sozialpolitik organisiert werden können; dieser ist die gegebene Zentralstelle für die vorliegende, die Kräfte des einzelnen übersteigende Aufgabe.

Der Ausschuss des Vereins für Sozialpolitik steht der Fraae im Prinzip günstig gegenüber, wird eine endgültige Entscheidung jedoch erst in einigen Monaten treffen, da die gegenwärtig in Angriff genommenen Untersuchungen noch längst nicht abgeschlossen sind.

### Handels- und Marktnachrichten.

**Lübcker Marktpreise vom 4. Novbr.**

Bauern-Butter Pfd. 1.40—1.50 Mk., Meierei-Butter Pfd. 1.65 Mk., Hasen 3.00—3.50 Mk., Enten 3.00—3.50 Mk., Hühner 1.60—2.30 Mk., Küken Stück 1.60—2.00 Mk., Tauben Stück 0.55—0.65 Pf., Gänse Pfd. 0.75—0.80 Mk., Fliedgans 2 Mk., Schinken Pfd. 1.10—1.20 Mk., Schweinskopf Pfd. 55—60 Pf., Wurk Pfd. 1.20—1.40, Eier 6 Stück 60 Pf., Heringe 2 10 Pf., Dorsche genüg., Süßwasserfische genüg., Karpfen 1.10—1.20 Mk., Geräuch. Lachs Pfd. 1.00—2.00 Mk., Schleie 1.20—1.40 Mk., Brachsen 60—70 Pf., Hechte Pfd. 70 Pf., Barsche Pfd. 60—70 Pf., Aal Pfd. 0.80—1.00 Mk., Karauischen Pfd. 80 Pf., Gemüse genüg., Blumenkohl d. Kopf 0.15—0.50 Mk., Kohl 100 Pfd. — Mk., Gurken, 100 Pfd. — Mk., Zwiebeln, hiesige, Pfd. — Mk., Aepfel, verschiedene pr. 100 Pfd. — — Mk., Pfäumen, pr. 100 Pfd. Pfd. — Mk., Kirchen Pfd. — Pf., Kartoffeln neue 10 Pfd. 50—60 Pf., Mand Pfd. — Pf.

**Hamburger Sternschanz-Viehmarkt vom 4. Novbr.**

Auftrieb 2316 Schweine. — Handel langsam. — überstand — Stück.

Es wurden gezahlt für 50 kg Lebendgewicht nach Abzug vereinbarter nebenstehender Tara und für 50 kg Lebendgewicht ohne Tara: Beste schwere reine Schweine, über 260 Pfd., Tara 20 Proz., 59.— bis 60.— (47.— bis 48,00 Mk.), Mittelschwere Ware, von 240—260 Pfd., Tara 20 Proz., 58.— bis 59.— (46,50 bis 47,00) Mk., Mittelware, von 200—240 Pfd., Tara 22 Proz., 57,50 bis 58,00 (— bis 45,00 Mk.) Gute leichte Ware, unter 200 Pfd., Tara 22 Proz., 57,00 bis 58,00 (44,50 bis 45,00 Mk.) Geringere Ware, Tara 24 Proz., 48.— bis 55,00 (36,50 bis 42,00) Mk., Sauen, 1. Qualität, Tara 20 Proz., 52.— bis 53,00 (41,50 bis 42,50) Mk., Sauen, 2. Qualität, Tara 22 Proz., 45.— bis 45,00 (35,00 bis 39,00) Mk.

Verantwortlicher Redakteur: Joh. Stellung. Verleger: Th. Schwart. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

### Komitee- und Kommissionssitzungen.

**6. Distrikt.** Dienstag, den 7. November, abends 7½ Uhr, bei Brede, Kronsförder Allee.

Esamabend morgen entschließsanft nach kurzer schwerer Krankheit unser lieber süßer

**Willy** im Alter von 3½ Jahren. Tief beklornt von seinen Eltern und Geschwistern. W. Wegener a. Frau, geb. Leeg, Scheinstraße 10. Die Trauerfeier findet am Dienstag, 7. Nov., nachm. 2½ Uhr, in der Kapelle des Boro. Friedhofs statt.

Für die anlässlich unserer silbernen Hochzeit erzielene Aufmerksamkeit danken freundlichst.

Heinr. Radde und Frau.

**Brinckers Restaurant** Schmiedestraße. **Ausspielen** von **fetten Gänfen, Karpfen und Raubfisch** auf einem Zickbillard **am Dienstag, 7. November 1911.** Anf. vorm. 10 Uhr. Einzug 30 Pf. Hierzu ladet freundlichst ein **Joachim Brincker.**

**Kesselschmiede, Zuschläger, Montageschlosser und Rietenwärmer** sucht sofort **K. Teschler** Gasometerneubau Station Waldhufen am Hochhofenwerke.

**2 Betten billig z. vert.** Warendorffstraße 10, II. **Abreisenden** aufbewahrt u. nachgesandt werden Gegenstände aller Art, als: Mobilien, Koffer etc. im Lagerhaus und Expeditionsgeschäft **Hüfeger, 52.**

Empfehle mich zum **Hauschlachten.** W. Frahm, Schwartau, Kallenhof 8.

**Restaurant „Zur guten Quelle“** Hüxstraße 44. **Morgen Dienstag, 7. Novbr.: Verschließen u. Auspielen** von **fetten Gänfen, Karpfen und Raubfisch** Anfang 10 Uhr morgens. **Einsetzung 50 Pfg.** Hierzu ladet freundlichst ein **Heinrich Borgwardt.**

**Emil Stetz Zahn-Atelier** Hüxterdamm 4, II.

**Gr. Bartie Fettel zu vert.** H. Lange, Mori. **Vereinigte Butterhändler** v. Labeck u. Umg. **Allerfeinste Meiereibutter** kostet Pfd. **1.60** Mk.